

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 11. Februar 1911.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinferate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 17.

Die englische Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit.

Die Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit auf 48 Stunden wöchentlich datiert bereits aus dem Jahre 1900. Mehr als zehn Jahre ist diese Frage also schon in der Schwebe. Das zeigt wohl zur Genüge, daß unsre englischen Kollegen diese Angelegenheit nicht überflüssig betrieben haben, vielmehr die Verhältnisse immer weiter zur Durchsetzung dieser Forderung reif werden ließen. Im Jahre 1901 wurde die erste Etappe auf dem Wege zum Achtstundentag allerdings schon erreicht, indem durch schiedsrichterlichen Spruch die bis dahin 54stündige auf eine 52 $\frac{1}{2}$ stündige pro Woche herabgesetzt wurde. Diese 1 $\frac{1}{2}$ Stunden Abschlagszahlung wurden akzeptiert, da damit wenigstens der Neunstundentag, den man im Jahre 1872 erkämpft hatte, durchbrochen war.

Daß auf Gehilfen Seite das Ziel der 48stündigen Arbeitszeit aber nicht aus dem Auge gelassen wurde, zeigte die im März 1910 in Belfast abgehaltene Jahreskonferenz der Vereinigung aller Buchdruckerverbände in Großbritannien. Den Prinzipalen wurde im Mai 1909 die Vorbereitung des Achtundvierzigstundentages von neuem unterbreitet, es war auch seitdem zweimal zwischen der Gehilfen- und Prinzipalvertretung in dieser Frage verhandelt worden. Da die Prinzipale das Bestreben zeigten, die Angelegenheit auf die lange Bank zu schieben, so drückte diese Jahreskonferenz der genannten Kooperation in einer Resolution die Erwartung einer baldigen dritten, nicht später als im April 1910 abzuhaltenden Zusammenkunft beiderseitiger Delegierter aus.

Die Prinzipalorganisation verspürte aber trotzdem nicht sonderliche Eile, weshalb der Verwaltungsrat der Federation (Vereinigung) kurz vor Zusammentritt der Jahresversammlung der Prinzipale eine entschiedener gehaltene Entschliesung faßte und sie den in Newcastle versammelten Prinzipalbelegierten übermittelte. Auf dieser Tagung (Mitte Juni 1910) kam es wenigstens zu einiger Klärung in der Angelegenheit der Arbeitszeitverkürzung. Die Prinzipale gaben nämlich zu erkennen, daß sie der Gehilfenforderung des Achtstundentags immer noch nicht zustimmen könnten. Eine spätere Zustimmung sollte damit aber nicht in Aussicht gestellt sein. Das zeigte sich ganz unzweideutig an der auf eben dieser Jahresversammlung in Angriff genommenen Schaffung einer Unterstützungsliste für Gehilfen ober, um in unserm geliebten Buchdruckerdeutsch zu sprechen: an der Gründung einer Prinzipal-Kasse. Die englischen Verbandsleitungen sorgten natürlich sofort dafür, daß dieser Versuch der Bildung einer durch Prinzipalschutz und -geld erstandenen Schutztruppe in Kriegs- und andern Nöten eben ein Versuch blieb. Was denn auch eingetreten ist, wenngleich sich einige käufliche Elemente gefunden haben, da in England die Etikettierung NS noch häufiger vorkommt als die Deklaration NV in Deutschland. Werden doch das Weltblatt „Times“ und die große Tageszeitung „Globe“ in London noch ausschließlich von nichtorganisierten Gehilfen hergestellt.

Wiewohl die Arbeitslosigkeit unter den englischen Buchdruckern und unter den Londonern im

speziellen ständig eine recht hohe ist, versuchten sie es dennoch mit einer Abschlagszahlung. Im Oktober wurde nämlich auf dem Wege der Urabstimmung eine Reduktion der schon so lange erhobenen Forderung insofern vorgenommen, als für das Jahr 1911 ein Provisorium mit der Fünzigstundenwoche geschaffen werden, während vom Jahre 1912 ab der Achtstundentag zur Einführung kommen sollte. Dieser Mittelweg wurde mit Rücksicht auf die Verhältnisse in der Provinz eingeschlagen. Die Londoner selbst fühlten sich stark genug, die achtstündige Arbeitszeit durchzusetzen. Sie hätten aber dann das Abwandern vieler Arbeiter in die Provinz befürchten müssen. Deshalb galt es, alle Umstände zu erwägen und nicht zuletzt auch die organisatorischen Kräfteverhältnisse der übrigen Buchdruckerverbände sowie der sonstigen graphischen Organisationen im ganzen Inselreich in Betracht zu ziehen. Gewiß ein Zeichen, daß von Gehilfen Seite die Sache mit aller Besonnenheit betrieben wurde.

Da es in Großbritannien keinen Einheitsstarif gibt, vielmehr Löhne wie Arbeitszeit der Lokalen, seltener der regionalen Festsetzung zwischen beiden Parteien unterliegen, so ist das sich ergebende Bild über die Arbeitsverhältnisse der englischen Buchdrucker erklärlicherweise ein ziemlich buntes. Hier nur die Arbeitszeit in Betracht gezogen, weil es sich ja um eine Forderung in dieser Richtung handelt, findet man sie zwischen 44 und 58 Stunden wöchentlich variierend; als Durchschnitt kann aber die 52stündige Arbeitswoche gelten. Also hätten die Prinzipale nach dem Vorschlage mit dem Provisorium für das Jahr 1911 eine allgemeine Herabsetzung um zwei Stunden wöchentlich eintreten lassen sollen.

Dessen wehrten sich aber sowohl die Londoner als die Provinzprinzipale mit aller Energie. Sie konnten den Gehilfen nun nicht mehr mit allerlei ausweichenden Redensarten kommen. Dafür ging es aber aus einer andern Partitur. Die Londoner Prinzipale erklärten in zahlreich besuchter Versammlung, sie würden der Forderung der 50- wie der 48stündigen Arbeitswoche den größten Widerstand entgegensetzen. Es würde sich eine Verteuerung der Produktion von 15 bis 20 Proz. ergeben, was eine jährliche Mehrausgabe von 6 800 000 Mk. allein für London bedeute. Die Prinzipalvereine im Lande wiesen die Gehilfenforderungen noch schroffer ab. Trotzdem ließ man aber auf Prinzipal Seite das Sicherheitsventil einer nochmaligen Konferenz im Januar offen.

Mit dem neuen Jahre bekam die Situation nun ein kritisches Aussehen. Die Prinzipale proportionierten eine wöchentlich halbstündige Arbeitszeitverkürzung, was von den Gehilfenleitungen indes ohne weiteres abgewiesen wurde. Sie beharrten auf der Fünzigstundenwoche. Die Prinzipalekehrten nunmehr eine andre Seite heraus. Die ganze Angelegenheit wäre nicht mehr eine Frage um die Arbeitszeitverkürzung; es sei nun die Zeit gekommen, wo zu zeigen wäre, daß man noch einiger Herr im Hause sei! Die Organisationen der Gehilfen wurden nicht als ausreichende Vertretung der Gehilfenschaft angesehen und was derlei Einwände noch sind in solchen Situationen.

Das war die Lage am 10. Januar, der die endgültige Ablehnung der Prinzipale brachte. Es

stand nunmehr die förmliche Kriegserklärung der Gehilfen zu erwarten.

Aber es gab eine Überraschung: der allgemeine Streik im ganzen Königreich wurde abgesetzt. Die Gründe für diese auffällige Schwankung in der Laune lassen sich von hier aus nicht leicht erklären, und sie werden auch drüben nicht so offenkundig sein. Einigermaßen glauben wir aber die Situation beurteilen zu können. Und da scheint uns die Uneinigkeit der Prinzipale die Hauptursache zu sein, weshalb von einem Vorstoß auf der ganzen Linie zunächst abgesehen wurde. Man glaubte auch ohne das! Pressionsmittel des Streiks zum Ziele gelangen zu können. Die englische Prinzipalität hatte in der entscheidenden Zeit trotz der brüskten Ablehnungen der Gehilfenforderungen, trotz der Aussperrungsbeschlüsse, trotz der Vorgeplänkel und trotz der systematischen Stimmungsmache in den Zeitungen doch etwas zu deutlich erkennen lassen, daß ein erheblicher Teil den Gehilfen wenn auch nicht gern, so doch aber tatsächlich entgegenzukommen bereit ist in betreff des vorgeschlagenen Übergangsstadiums. Die sich in der Kündigungszeit häufenden Bewilligungen der verkürzten Arbeitszeit sagten ja genug.

Auf Gehilfen Seite war die Geschlossenheit jedoch in diesem Stadium auch nicht über allen Zweifel erhaben. Aus Rücksicht auf die Provinz und die andern graphischen Organisationen, auf deren Beteiligung man Wert legte, wurden im Oktober v. J. durch eine Urabstimmung die Forderungen bereits herabgesetzt, was jedenfalls ein ganz ungewöhnliches Vorkommnis ist und eines gewissen Reizes nicht entbehrt, da das Referendum sonst doch als das Gegenteil eines Reduzierungsinstruments angesehen wird. Der Urabstimmungsantrag, vom 1. Januar 1911 ab die Fünzig- und ab Neujahr 1912 die Achtundvierzigstundenwoche zu fordern, wurde auch angenommen. Es bedeutet das eine wichtige Konzeption an die Provinz resp. an die Verhältnisse, wie sie außerhalb Londons liegen. Der am 25. Januar, also nachdem die Kündigungen in London zwei Tage zuvor von den Gehilfen ausgesprochen waren, den Prinzipalen gemachte allerletzte Vorschlag, eine zweieinhalbstündige Arbeitszeitverkürzung in allen den Distrikten eintreten zu lassen, wo noch die 54stündige Arbeitswoche besteht und eine weitere Herabsetzung zum Gegenstande späterer Verhandlungen zu machen, fand bei den Prinzipalen auch keine Gegenliebe. Da die Provinzorganisationen vordem beschlossen hatten, an einem Kampfe nicht aktiven Anteil zu nehmen, so brauchte man sich über diese Unnachgiebigkeit der Prinzipale im besondern nicht zu wundern.

Die Prinzipalität zeigte sich insofern mehr kriegerisch gestimmt als die Provinzkollegen, daß sie den schon mitgeteilten Aussperrungsbeschlüsse zugunsten der Londoner Buchdruckereibesitzer faßte, mit dem allerdings noch sehr abzuwarten ist, was wird. Der Tag des Erscheinens dieser Nummer ist ja bestimmt, eventuell eine starke Verschärfung der Situation zu bringen. Anzunehmen ist jedoch, daß die Aussperrung nur als Schreckschuß dienen sollte, und daß, wenn in London die Bewilligungen noch in einem stärkeren Maß erfolgen, er sich von selbst erledigt. Bei der wenig festen Haltung der Prinzipale hat diese Vermutung viel für sich.

Diese Erscheinung erleichtert den Gehilfen zweifellos die Situation. Sie ist von vornherein gar nicht so einfach, denn es bestehen als größere Buchdruckerorganisationen nicht weniger denn vier in Großbritannien. Es sind das die Londoner Setzer-Gesellschaft (London Society of Compositors), der Verein Londoner Maschinenmeister (London Printing Machine Managers Trade Society), der Englische Buchdruckerverband (Typographical Association), und der Schottische Buchdruckerverband (Scottish Typographical Association). Dies nur die Hauptverbände. Daneben existiert noch eine Anzahl von Distrikts- und Spezialorganisationen. Und da das gesamte graphische Gewerbe in die Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit einbezogen werden sollte, so sind nicht weniger als 23 graphische Verbände im ganzen Inselreich unter einen Hut zu bringen, wenn ein gemeinsames Vorgehen stattfinden soll. Gewiß eine schwierige Aufgabe! Diese vielgestaltige Organisationsform der englischen Kollegen wäre dem Anschluß an das Internationale Buchdruckersekretariat auch dann noch ein großes Hindernis, wenn bei ihnen mehr Neigung zur internationalen Verbindung bestehen würde, als das jetzt der Fall ist.

Nun kommt auf dem Weg über Manchester, dem Sitze der Provinzialorganisation, sieben eine Nachricht, wonach sieben Organisationen bereit sind, doch noch den Kampf in der Provinz um Verkürzung der Arbeitszeit aufzunehmen. Der Schottische Verband ist nicht mit genannt; jedenfalls, weil dort die Fünfstundenwoche jetzt schon als normale Arbeitszeit gilt. Unser Mitarbeiter läßt die Aktion der Provinzkollegen als sofort beginnend erscheinen, während nach Zeitungsmeldungen der 18. Februar der Tag der Kundgebung sein soll.

Nichtig ist wohl, daß diese Kriegsankündigung die entsprechende Antwort auf die Androhung der Ausperrung von Seiten der Provinzprinzipale darzustellen hat. Am 11. Februar sollen nach einem Prinzipalsbeschuß in 41 Provinzorten etwa 10000 Buchdrucker und graphische Arbeiter gekündigt werden. Den darauffolgenden Bahntag hätten sich also die Gehilfen aussersehen, diese Maßnahme entsprechend zu beantworten. Der Londoner Streit dürfte bis dahin wohl zu den erledigten Sachen gehören, und mit der Ausperrung wird es nach der Situation bei den Prinzipalen nicht viel werden.

In London ist der Sieg der Gehilfenschaft ganz zweifellos. Über 400 Bewilligungen waren Mitte der ersten Streikwoche bereits zu verzeichnen, wobei zu bemerken, daß die Anerkennungen nicht nur gezählt, sondern gewogen werden müssen, da sie die größeren Firmen überragend einbezogen. Die streikenden rund 3000 Setzer, Drucker, Korrektoren, Schriftgießer, Ziegelbruder, Abzieher, Hilfsarbeiter, Lagerangestellten und Buchbinder werden also nicht allzulange die staubigen Lungen mit frischer Winterluft reinigen können und werden sich auch nicht ewig allerlei Kurzwörter erfreuen, als da nach Zeitungsmeldungen (sogar der Berliner „Vorwärts“ brachte dieselbe Tage eine solch unsinnige Notiz fast im gleichen Wortlaute) sind Druckereizustören und „andre Harmlosigkeiten“, sondern werden wohl bald wieder zu Lob und Preis der guten bergischen Kunst sich betätigen dürfen, und zwar nur 50 Stunden wöchentlich. Wenigstens für 1911. Ob übers Jahr man in der Kiesenstadt an der Themse mit der weiteren Verkürzung der Arbeitszeit um zwei Stunden in der Woche im Verhältnis ebenso gut durchkommen wird, ist eine Frage an das Schicksal, die wir also nicht beantworten können, der wir jedoch die beste Lösung wünschen wollen. Die Tatsache, daß unter der Londoner Prinzipalität eine Richtung vorhanden war, die den Gehilfen die Fünfstundenwoche bewilligen wollte unter der Gewährleistung, daß sie in den nächsten fünf Jahren keine neuen Forderungen stellen, läßt schon darauf schließen, daß die Arbeitszeitverkürzung im großbritannischen Druckgewerbe auch in Zukunft nicht im Eiltempo vor sich gehen soll.

Der Beschluß von Manchester deutet also weniger auf einen Generaistreik der englischen Buchdrucker und graphischen Arbeiter hin, wovon in

der Tagespresse auf einmal wieder die Rede ist. Natürlich ist die Verpflanzung des Londoner Ausstandes in die Provinz nicht ausgeschlossen. Die Zustimmung von Streikarbeit kann diesen Stein schon ins Rollen bringen, auch könnte ja der berühmte Ausperrungsbeschuß hier und da etwas mehr als platonische Liebe auslösen. Der 11. Februar wird daher die dritte Hauptphase der jetzigen Bewegung sein, und es wird sich ja schnell herausstellen, ob die Prinzipale es auch hier nicht wieder bloß an den beliebigen großen Worten hatten. Die Resolution der Provinzorganisationen vom 5. Februar erhält ihre Bedeutung aber dadurch, daß sie den Willen bekundet, die jetzige Bewegung zur Arbeitszeitverkürzung nicht versanden zu lassen. Diesen Anschein hatte es seit dem Januarbeschuß, einen allgemeinen Streik bis auf weiteres zu verschieben. Wenn es jetzt nicht gelingen sollte, das Ziel des Achtstundentags — in Wirklichkeit handelt es sich bei den englischen Kollegen jedoch nicht um die achtstündige Arbeitszeit, sondern um die Achtstundvierzigstundwoche, die aus praktischen Gründen die Arbeitszeit nicht einer starren täglichen Begrenzung unterwirft — auf halbem Wege, mit der Fünfstundenwoche nämlich, zu erreichen, so würde es natürlich am 1. Januar 1912 mit der Achtstundvierzigstundwoche in der Provinz erst recht nichts werden.

Eigenartig, wie die englischen Verhältnisse nun einmal sind, liegen die Dinge auch im Zeitungswesen. Es besteht anscheinend auf beiden Seiten das Bestreben, die Möglichkeit eines Kampfs von der Tagespresse wenn angängig fernzuhalten. Die englischen Provinzprinzipale haben bei dem Beschluß einer Sympathieausperrung für ihre Londoner Kollegen zugleich ausgesprochen, daß die Zeitungen von dieser Eventualmaßnahme ihrerseits nicht betroffen werden sollen. Dieses Moment wie die in London hauptsächlich von der Tagespresse erfolgten Anerkennungen der Fünfstundenwoche ist zweifellos als ein sicheres Zeichen anzusehen, welche hohe Bedeutung das englische Zeitungswesen hat. Aber auch bei der Gehilfenpartei ist zu beobachten, daß an eine Heranziehung der Londoner Zeitungstruppen erst in allerletzter Linie gedacht worden ist und ja wohl auch gedacht zu werden brauchte. Denn die Zeitungsverleger müssen es sich zehnmal mehr überlegen, ob sie ihre Interessen und die ihres Gewerbes nicht besser durch Bewilligung einer in diesem Falle sogar schon ziemlich alten Gehilfenforderung wahrnehmen als die übrigen Prinzipale ihres Berufs. Die Andeutungen eines für die Zeitungspersonale bereits länger bestehenden besonderen Abkommens lassen auch die Möglichkeit zu, daß hier Sicherungen vorhanden sind, deren Nutzen wohl mehr im Prinzipals- als im allgemeinen Gehilfeninteresse liegt. Kann doch darüber kein Zweifel herrschen, daß eine umfassende Bewegung im Buchdruckgewerbe ohne Mitteln der Zeitungen sogleich den Charakter einer allgemeinen Aktion verliert.

In London wird die Bahn zur Achtstundvierzigstundwoche mit der gegenwärtigen Aktion unstreitig frei gemacht. Bleibt aber die Provinz passiv, wird das weitere Vorwärtkommen der Londoner Kollegen nach dieser Richtung sehr erschwert, während die Provinz selbst noch mehr nachhinken würde. Ein gesondertes Vorgehen von Hauptstadt und Provinz wird und kann niemals im Interesse der Gehilfen liegen. Nur Einheitlichkeit auf der ganzen Linie verbürgt wirklichen Erfolg. Nach dieser Richtung werden wir auch den Beschluß von Manchester und erhoffen von ihm einen allgemeinen Fortschritt in der Frage der Arbeitszeitverkürzung, die, wie gezeigt, unsern englischen Kollegen erhebliche Schwierigkeiten bereitet, denn lange genug sind sie schon am Werke, ihre Arbeitszeit zu reduzieren.

Die Geschichte dieser Bewegung unserer englischen Kollegen bietet jedenfalls des Beherzigen jetzt schon genug. Mögen nun die zum 11. und 18. Februar bevorstehenden Schritte einen Einfluß auf sie ausüben, daß wir bald über den Verlauf des diesjährigen Vorgehens in London und England zwecks Verkürzung der Arbeitszeit ein Befriedigung erweckendes Nachwort bringen können.

Die neuesten Meldungen vom Kriegsschauplatz lauten (6. Februar):

In der bereits erwähnten Versammlung der noch übrig gebliebenen Mitglieder des Prinzipalsvereins am 4. Februar verließ ein Prinzipal hocherfreut, daß 10 Proz. seiner Gehilfen ihre Mitgliedschaft zum Verband aufgeben hätten. „Das ist gar nichts“, bemerkt dazu der „Daily Herald“, „das jetzt täglich erscheinende Gehilfenorgan, wir wissen sogar von einer Firma, in der 50 Proz. der Gehilfen dasfelbe getan haben. In dieser Firma waren nämlich nur zwei Gehilfen beschäftigt. Einer von den beiden ließ seine Mitgliedschaft zum Teufel gehen...“

Der Firma F. W. Potter & Co. im East End ist es gelungen, durch die freundliche Vermittlung der Anglo-Foreign Publishing Co. zehn „brave Vaterländer“, d. h. Streikbrecher aus Deutschland, nach London zu schleppen, die sich jetzt abmühen, die Geheimnisse des englischen Setzhandwerks zu entschlüsseln. Die Firma hat ihre sämtlichen Setzer (etwa 25 Engländer und 10 Deutsche) entlassen oder vielmehr deren Kündigung akzeptiert. Gedachte Elemente haben also in Zukunft die „Londoner Zeitung“ und die „Finanzchronik“ herzustellen. Die streikenden deutschen Kollegen wollten ihre neuangekommenen „Kollegen“ begrüßen, um zu wissen, woher der Fahrt, was Nam' und Art. Doch mußten diese gleich am ersten Tage drei Überstunden schieben. Als sie dann von des Tages Last und Mühen erlöst waren, wurden sie mit Polizeibegleitung in dem gegenüberliegenden Asyl der Heilsarmee untergebracht, wo sie ihr müdes Haupt für 5 Penny pro Nacht in den Sargbetten niederlegen konnten. (Statt Bettstellen hat man in den Heilsarmeeasylen für Obdachlose Särgel) Sie teilen dort das Schicksal der Miskarmisten in der Welt, die weder Zeug noch Stiefel am Körper haben. Gestalten, die nur im „freien England“ möglich sind. Wenn das die Gründe der „Londoner Zeitung“, Freiligrath und Rintel und alle die andern Charakterköpfe und Flüchtlinge der freiheitlichen Bewegung Deutschlands, die an und in der „Londoner Zeitung“ im Laufe der letzten 50 Jahre gearbeitet haben, wüßten, was für ein Gesindel jetzt die technische Feststellung zu bewerkstelligen hat, so würden sie sich jedenfalls im Grab umdrehen. Jetzt hat die Londoner Internationale Typographia eine Gelegenheit, der schon lange wackeligen „Londoner Zeitung“ den Todesstoß zu versetzen, indem sie dafür sorgt, daß das Blatt in deutschen Familien nicht mehr gelesen wird, seitdem sich die Anglo-Foreign Publishing Co. ihr Arbeitsfeld erweitert hat und gleichzeitig Streikbrecheragentur geworden ist. Ohne diese wäre uns diese Schande nie geworden.

In Belfast (Irland) beschlossen die Prinzipale, daß sie jeberzeit bereit seien, ihre Gehilfen auszusperrnen, wenn die Londoner Prinzipale es wünschen. Wie dadurch der Londoner Prinzipalen geloben werden soll, ist eine Sache für sich.

Vom 7. Februar datiert im besondern die nachstehende bedeutame Meldung:

In Manchester fand am 5. Februar eine außerordentlich wichtige Versammlung statt, in der die Vertreter folgender Verbände anwesend waren: Englischer Verband, Lithographenverband, Buchbinderunion, Federation der Stereotypen, Verband der Papierlagerangestellten, Verband der Buchdruckerhilfsarbeiter und Verband der Zeitungstelegraphisten. Das Ergebnis dieser Versammlung war eine Resolution, mit der man sich verpflichtete, sofort Schritte zu unternehmen, um eine befriedigende Erledigung der Arbeitszeitfrage zu erreichen. Gleichfalls wurde die drohende Ausperrung seitens der Prinzipale distanziert, Kriegspläne wurden geschmiebelt, um dem Angreifer gegenüber gerüstet zu sein. Allem Anscheine nach hat der Erfolg der Londoner und die ihnen angebrochte Ausperrung die Provinzler aus ihrem Schlafe gerüttelt. In kurzer Zeit werden nun die gesamten Verbände der Provinz sich der Londoner Bewegung anschließen. Dies wird natürlich den Anstiftern der Ausperrung einen hiden Strich durch die Rechnung machen.

Die Zahl der bewilligenden Firmen in London hatte am 6. Februar die 400 bereits überschritten. Sie vergrößert sich von Tag zu Tag.

Wenig mehr als 3000 Streikende, und zwar Setzer, Drucker, Korrektoren, Schriftgießer, Ziegelbruder, Abzieher, Hilfsarbeiter, Lagerangestellte und Buchbinder, sind in London vorhanden. Die nach dem letzten Jahrsberichte 12231 Mitglieder zählende Londoner Setzer-Gesellschaft hätte also nicht einmal ein Viertel ihres Bestandes im Feuer.

Die Druckerei des Präsidenten des Prinzipalsvereins, Causton, erfreut sich besonderer polizeilicher Beachsichtigung durch eine ständige Zahl Schulleute, geleitet durch einen Inspektor. Letzterer wird unterstützt durch eine starke Abteilung von Detektiven. Da die Streikpostenstreicher nicht belästigt wurden, konnten sie ihrer Aufgabe der „friedlichen Überbreuung“ Genüge leisten.

Der andre Scharfmacher, Waterlow (Causton und Waterlow sind beide liberale Größen, die zu Wahzeiten den arbeitenden Klassen mehr versprechen, als was sie zu erfüllen imstande sind), veröffentlicht in der Tagespresse ein Klagelied folgenden Inhalts: „Zwischen den Firmen, welche aus diesen oder jenen Gründen gezwungen waren, einzuwilligen, gibt es viele, die uns nach wie vor in

unsern Kampfe für das Wohl des gesamten Gewerbes unterstützen werden. Aber leider ist die Tatsache zu verzeichnen, daß es etliche Firmen gibt, die aus unsern jetzigen Schwierigkeiten Kapital schlagen, indem sie unsre Kundenschaft besuchen und uns deren Aufträge fortnehmen. Danach scheint wenig Solidarität unter den Prinzipalen vorhanden zu sein und die drohende Aussperrung erscheint um so lächerlicher.

Die in Nr. 14 genannte Polypot Printing Co. hat im letzten Augenblicke doch noch bewilligt, gleichzeitig aber mehrere Gehilfen entlassen.

Auf einen Widerstand von 14 Tagen seitens der größeren und schärfermachenden Firmen rechnet die Leitung der Londoner Sechergesellschaft. Die Aussichten sind für London nach wie vor günstig.

Vom Versammlungsleben.

Es ist eine erfreuliche Erscheinung, in den Versammlungen die Wahrnehmung machen zu dürfen, daß das rein Persönliche immer mehr in den Hintergrund tritt. Wie verfehrt es ist, einem um das Allgemeinwohl eifrig kämpfenden Kollegen persönlich auffällig zu werden, das haben wir alle einsehen gelernt. Wir können ruhig die Meinungen der Kollegen anhörend, denn wir wissen, daß jeder von seinem Standpunkt aus das Beste will. Von diesem Gesichtspunkt aus lassen wir auch jeden zum Worte kommen. Durch die gegenseitige offene Aussprache lernen wir die Stimmung unter den Kollegen kennen, und zur allgemeinen Befriedigung werden dann auch eventuelle Beschlüsse gefaßt werden.

Wir haben auch die Kollegen schägen gelernt, welche anderer Meinung als wir selbst sind, und selbst die, die in andern Fragen einen andern Standpunkt vertreten als wir. Wir sind uns als Kollegen und Menschen näher getreten. Es ist uns klar geworden, daß wir eine große Familie sind. Die Person um der großen Sache willen in den Hintergrund treten zu lassen, ist uns keine neue Erscheinung mehr. Ohne irgendwelche Mittel sehen wir auf diese Weise eine rege Teilnahme an allen uns bewegenden Fragen.

Wir haben gelernt, Schritt für Schritt vorwärts zu schreiten und selbst dann, wenn wir nicht alle unsre Wünsche erfüllt sehen, mutig weiterzuarbeiten. Rein menschliche Forderungen müssen ja unter allen Umständen erfüllt werden. Dessen sind wir gewiß, und hinausgehoben ist nicht aufgehoben.

Rein Verzagene umgibt uns nicht, sondern ein zuverlässiges Arbeiten für die Gesamtheit. Wir freuen uns dieser Erscheinung um so mehr, als sie den Lebenskeim in sich birgt. Und was vom Leben erfüllt ist, das muß sich naturgemäß, unausföhlbar zu neuer Entfaltung entwickeln. Wer uns mit toten Gesetzen, in unsrer Arbeit aufzuhalten sucht, dem haben wir nicht zuzufürchten, denn das Leben schreitet unabweichlich über die Trümmerhaufen hinweg.

Wir sind Menschen der Gegenwart geworden, in welcher wir leben und lebensgestaltet wirken wollen. Wir sind der festen Überzeugung, daß lebensverneinende Erscheinungen verschwinden und verschwinden müssen. Mit diesem Ausblick erscheint uns alle unsre Arbeit segensreich.

Darum auf zu froher, lebensbejahender Arbeit!
Karlsruhe. Rudolf Ebert.

Die Reichswertzuwachssteuer.

Als der Deutsche Reichstag im Frühjahr 1909 von den verbündeten Regierungen die Vorlegung eines Reichsgesetzes verlangte, um den unbedienten Wertzuwachs am Grund und Boden steuerlich zu erfassen, da konnten die Freunde der Bodenreform, die in der modernen Arbeiterbewegung freilich noch dünn gefaßt sind, einen unbefristeten Erfolg ihrer Bestrebungen verzeichnen. Denn dem unablässigen Wirken der Bodenreformer war es ja vor allem zuzuschreiben, wenn es gelang, die urteilsfähigen Kreise breiter Volksschichten von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit einer Reichswertzuwachssteuer zu überzeugen. Organisationen mit über 730000 Mitgliedern sandten Entschlüsse und Eingaben an den Reichstag. 145768 Unterschriften von Einzelpersonen bedeckten außerdem die Masseneingabe des Bundes Deutscher Bodenreformer für die Reichswertzuwachssteuer. So viele Unterschriften sind wohl noch niemals für eine neue Steuer im öffentlichen Leben aufgebracht worden. Das Bewußtsein von der Unsäglichkeit der neuen Besteuerungsgattung für viele Erwerbsgruppen sowie für die Lebenshaltung im allgemeinen mag besonders dazu beigetragen haben, daß dem Gedanken einer Reichswertzuwachssteuer so viele Befürworter aus allen politischen Lagern erstanden.

Wenn es trotzdem selbst auf der Basis einer brauchbaren Regierungsvorlage nicht gelang, auf dem Wege der Reichsgesetzgebung den unbedienten Wertzuwachs im vollen Umfange zur Besteuerung heranzuziehen, so sind in erster Linie die politische Halbheit und Unentschlossenheit der Mehrheitsparteien dafür verantwortlich zu machen. Die Konsequenz aus dieser Tatsache wird jeder Anhänger einer gerechten Steuerpolitik selbst zu ziehen in der Lage sein. Wenn es den Minderheitsparteien auch gelang, einige Verbesserungen der Kommissionsbeschlüsse im Plenum durchzusetzen, so bemühten sie sich im übrigen doch vergeblich, das Gesetz in Richtung auf das Allgemeinwohl wirklich ertragreich zu gestalten. Die einseitig interessierte Gegnerschaft, allen voran die organisierte Terrainspekulation mit der

Macht des hinter ihr stehenden Kapitals, hat sich wieder einmal mächtiger gezeigt als alle Vernunftgründe. Ihr krasser Egoismus hat nach Kräften dazu beigetragen, daß durch das am 1. Februar vom Reichstage verabschiedete Gesetz nur ein Bruchteil der Hoffnungen realisiert worden ist, den wahre Volksgenossen auf sein Zustandekommen setzen zu können glaubten.

Aus dem neuen Gesetze greifen wir einige Punkte heraus. Danach ist der steuerfreie Wertzuwachs auf jährlich:

1/2 Proz. für bebauten Grundstücke,
2 Proz. für unbebaute Grundstücke, soweit der Wert mehr als 1 M. der Quadratmeter,
2/3 Proz. für unbebaute Grundstücke, soweit der Wert 1 M. und weniger der Quadratmeter beträgt,
festgesetzt. In Prozenten ausgedrückt stellt sich der steuerfreie Wertzuwachs für:

	Bestandener Jahre:		
	10	20	30
bei bebauten Grundstücken auf . . .	15	30	45
bei unbebauten bei einem Werte von über 1 M. der Quadratmeter . . .	20	40	60
bei unbebauten bei einem Werte von unter 1 M. der Quadratmeter . . .	25	50	75

des Erwerbspreises. Während von dem meisten Haus- und Grundbesitzern ein steuerfreier Wertzuwachs von nur 10 Proz. verlangt wurde, stimmte der Reichstag Anträgen zu, die einen Wertzuwachs bis zu 40 bzw. 60 und 100 Proz. des Erwerbspreises Steuerfreiheit sichern. Außerdem wurde die Steuerfreiheit für die Landesfürsten und deren Frauen, die in der Kommission und in der zweiten Lesung des Plenums gestrichen worden war, in der dritten Lesung wieder hergestellt. Vom Fideikommissstempel bleiben die Fürsten ebenfalls befreit.

Der in § 20 des angenommenen Entwurfs vorgesehene Steuerabatt für längere Besitzzeit beträgt bis zu 40 Jahren gültig 1 Proz. des Steuerbetrags; für die Zeit bis zum 1. Januar 1911, sofern die Erwerbung des Grundstücks vor dem 1. Januar 1900 erfolgte, 1/2 Proz. des Steuerbetrags jährlich. Der städtische Besitz und die großen landwirtschaftlichen Güter können, wenn sie längere Zeit einem Besitzer eigentümlich gehören, nur in den seltensten Fällen von der Reichswertzuwachssteuer erfaßt werden. Denn erstens dürfen dem Erwerbspreis ohne jede Reduktionsziffer 4 Proz. seines Betrags hinzugerechnet werden; zweitens alle für Umbauten und Veränderungen sowie für Verbesserungen „land- oder forstwirtschaftlicher Art“ gemachten Aufwendungen; außerdem nochmals 5 Proz. Bei landwirtschaftlichen Meliorationen wird sogar die Erhöhung des Erwerbspreises dem Erwerbspreise hinzugerechnet. Dadurch werden sogenannte „Ureigentümer“ von der Steuer nicht getroffen; überhaupt wird nach Sinecure der verschiedenen Zuschläge zum Erwerbspreise bei Besitzern, die längere Jahre in einer Gegend wohnen, nur selten noch eine solche Wertsteigerung übrig bleiben; daß ein nennenswerter Steuerertrag herausspringt. Das aber ist um so bedauerlicher, als gerade die „Ureigentümer“ die höchsten Wertsteigerungen ihrer Grundstücke und dadurch große Gewinne erzielen.

Während die Regierungsvorlage dem neuen Steuergebot rückwirkende Kraft bis zum 12. April 1910 verleihen wollte, beschränkte sie der Reichstag auf den 1. Januar 1911. Dagegen bestätigte er das Fortbestehen des Umsatzzusteuerschlages, der ursprünglich nur bis zur Einführung einer Reichswertzuwachssteuer erhoben werden sollte, bis zum 30. Juni 1914. Dann soll der erhöhte Umsatzzusteuerschlages herabgesetzt werden, wenn der Anteil des Reichs an der Zuwachssteuer den Betrag von 25 Millionen erreicht.

Von dem voraussichtlich schmalen Ertrage der Reichswertzuwachssteuer werden dem Reiche 50 Proz., den Gemeinden 40 Proz. und den Bundesstaaten 10 Proz. zufallen. Den Gemeinden ist außerdem gestattet, bestimmte Zuschläge zur Reichsteuer zu erheben. Reichsteuer und kommunalzuschlag dürfen aber nur 30 Proz. der Wertsteigerung betragen. Denjenigen Gemeinden, die vor dem 1. April 1909 eine Zugschuldsteuer beschlossen hatten, wird deren Ertrag bis zum 1. April 1915 garantiert.

Bei allen scheinbaren Zugeständnissen an die Kommunen dürften aber gerade sie von der am 1. April 1911 in Kraft tretenden Reichswertzuwachssteuer aus der schwerste geschädigt werden, ohne daß dadurch dem Reiche besondere Anwendungen gemacht werden. Das liegt eben in der Unvollkommenheit des neuen Gesetzes. Solche Gemeinden, die bereits zur Einführung der Wertzuwachssteuer übergegangen waren, werden in Zukunft geradezu verhindert sein, die Bodenpekulation und den Bodenwucher so wirkungsvoll zu erfassen, wie das bisher auf dem Wege kommunaler Besteuerung möglich war. Diese Feststellung ist aber gerade vom Standpunkte des Arbeiters aus besonders bedauerlich, denn er ist es, der in erster Linie die Folgen von Wertsteigerungen im Wirtschaftsleben zu spüren bekommt.

Wenn wir in unserm letzten Artikel über die Reichswertzuwachssteuer bezweifelten, daß vom Reichstag in seiner heutigen Zusammenfassung eine soziale Tat zu erwarten sei, so hat die Gestaltung dieser Gesetzesvorlage uns recht gegeben. Die Reichswertzuwachssteuer in ihrer heutigen gesetzlichen Form gleicht dem bekannten Messer ohne Klinge, dem der Griff fehlt. Es wird nichts weiter übrig bleiben, als auf der vorhandenen Basis für die Weiterentwicklung des sozialen Grundgedankens der Wertzuwachssteuer zu wirken. Je unvollkommener der Widerstand ist, der dieser gerechten Steuer entgegengesetzt wird, desto fruchtbarer wird sie sich schließlich durchzusetzen versuchen, aller parteigegensätzlichen Feindschaft und Hindernisse zum Trotz! Hz.

Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht.

Einführungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung.

Dem Reichstage sind soeben zwei Gesetzesentwürfe zugegangen, die sich an die Reichsversicherungsordnung anschließen. Der erste ist der Entwurf eines Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung, der zweite der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Aufhebung des Gliskastengesetzes. Die Reichsversicherungsordnung erstreckt nämlich alle Gesetz und Gesetzstelle, die sich bisher auf die Arbeiterversicherung beziehen, durch ein einheitliches Gesetz; sie regelt die einschlägigen Fragen, wie die Regierung in der Begründung hervorhebt, erschöpfend. Demgemäß seien zunächst die sämtlichen Versicherungsgeetze (Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung) zur Reichsversicherungsordnung umgearbeitet und ergänzt worden. Einzelne Vorschriften aus der Gewerbeordnung, dem Bürgerlichen Gesetzbuch und der Zivilprozessordnung müssen in sie aufgenommen werden. Dann müssen im Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgeetze keine Änderungen vorgenommen werden, da in Zukunft alle Krankenkassenfreistellungen — auch die über Berechnung und Umrechnung der Beiträge — dem Versicherungsamt unterstehen sollen. Die Änderungen der Gewerbeordnung betreffen hauptsächlich die Vorschriften über Errichtung von Innungs-Krankenkassen.

Die Reichsversicherungsordnung soll nach der Begründung der Regierung zum Einführungsgesetze so erhebliche Änderungen in der Organisation und im Verfahren vorsehen, auch erweitere sie die Versicherung nach Art und Umfang so beträchtlich, daß sie schon aus vermögensrechtlichen Gründen nicht gleichzeitig in ihrer Gesamtheit in Kraft treten könne. Nach Artikel 1 sollen nun die zur Durchführung erforderlichen Vorschriften der Reichsversicherungsordnung sofort in Kraft treten. Die Frage, wann die Hinterbliebenenversicherung in Kraft treten soll, ist im Artikel 2 offen gelassen. Mit dem Tage des Inkrafttretens dieses neuen Versicherungszweigs wird der § 15 des Holtatengesetzes vom 25. Dezember 1902 aufgehoben. Die angeammelten Beträge und Zinsen (Hinterbliebenenversicherungsfonds) sind zu den Zuschüssen des Reichs für die Hinterbliebenenversicherung zu verwenden. Infolge der Vorschrift des § 15 des Holtatengesetzes sind bisher 51,5 Millionen Mark Nettwert angeammelt. Durch Kaiserliche Verordnung soll endlich noch bestimmt werden, wann die übrigen Vorschriften der Reichsversicherungsordnung in Kraft treten.

Das Einführungsgesetz regelt nun noch die Bestimmungen über die Fristen (Berufungs- und Revisionen, Fristen Annahme der Anträge, Verjährung usw.). Ferner, wird die Frage geregelt, ob bei schwebenden Rechtsstreitigkeiten das alte oder neue Recht anzuwenden ist. (Auf diese Fragen soll nach Verabschiedung des Gesetzes noch näher eingegangen werden.) Was die Wahl und Zuziehung der Vertreter der Versicherten und Arbeitgeber zum Versicherungsamt, Oberversicherungsamt usw. anbelangt, so soll hierüber die oberste Verwaltungsbehörde näheres anordnen können. Durch Kaiserliche Verordnung soll ferner auch der Termin, bis zu welchem alle 8238 Gemeindefrankensicherungen eingehen müssen, bestimmt werden. Für jeden Bezirk eines Versicherungsamts muß künftig in der Regel eine allgemeine Ortskrankenkasse bestehen. Diese Bezirke soll die oberste Verwaltungsbehörde festlegen. Nach dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung bedarf jede Orts-, Betriebs- und Innungs-Krankenkasse für ihren Fortbestand einer Zulassung. Durch Kaiserliche Verordnung soll ein Tag (etwa sechs oder neun Monate nach der Inkraftsetzung) bestimmt werden, bis zu welchem alle Anträge auf Zulassung gestellt sein müssen. Verspätete Anträge werden nicht berücksichtigt. Der Zeitpunkt, an dem die Bestimmungen der Gliskastengesetzes nach § 75a des Krankenversicherungsgesetzes ihre Gültigkeit verlieren, wird etwa auf ein Jahr nach dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung angenommen werden können.

Für die Kassenangestellten ist die Einführung einer Dienstordnung vorgesehen. Um sich über dieselbe schlüssig zu werden, schlägt der Entwurf eine Überlegungsfrist von höchstens sechs Monaten vor. Bis zum Ablauf derselben soll der Angestellte, falls er sich der Dienstordnung nicht unterwerfen will, von seinem Kündigungsrechte Gebrauch machen können. Weiter ist die Aufstellung eines festen Besoldungsplans vorgeschrieben. Erhält ein Angestellter niedrigere Bezüge, als wie sie im Besoldungsplane vorgegeben sind, müssen dieselben sofort dementsprechend erhöht werden. Höhere Bezüge dürfen jedoch nur für die nächsten zwei Jahre gezahlt werden. Sollen höhere Bezüge, als wie der Besoldungsplan vorseht, über die zwei Jahre noch weiter gezahlt werden, so ist hierzu die Genehmigung der Aufsichtsbehörde einzuholen. Die Dienstordnung unterliegt der Genehmigung des Oberversicherungsamts. Hiernach wird also in das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen ganz erheblich eingegriffen. Laufende Beträge zwischen Ärzten und Kassen sollen fortbestehen bleiben und spätestens fünf Jahre nach Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung enden. Das Einführungsgesetz geht zum Schluß noch auf eine Anzahl Bestimmungen der Unfall- und Invaliden(Hinterbliebenenversicherung) ein. Eine Befreiung derselben soll jedoch bis nach endgültiger Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung zurückgestellt werden.

Aufhebung des Hilfsklassengesetzes.

Der dem Reichstage zugegangene Entwurf eines Gesetzes betreffend die Aufhebung des Hilfsklassengesetzes belagt gleich im § 1, daß das Gesetz über die eingeschriebenen Hilfsklassen aufgehoben wird. Nach dem § 2 sollen diese Klassen in Zukunft dem Gesetz über die privaten Versicherungen unternehmungen vom 12. Mai 1901 unterstellt werden. Der § 122 dieses Gesetzes soll demzufolge folgenden zweiten Absatz erhalten: „Die beteiligten Landesregierungen können bestimmen, daß und von welchem Zeitpunkt ab auch die im Abs. 1 bezeichneten, auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteten Hilfsklassen den Vorschriften dieses Gesetzes unterliegen, und die zur Durchführung der Anordnung erforderlichen Bestimmungen erlassen.“ Nach der amtlichen Begründung sollen auf dem Gebiete des Hilfsklassenwesens erhebliche Mißstände zutage getreten sein, denen an der Hand des derzeit geltenden Rechts nicht mit nachhaltigem Erfolge begegnet werden könne. Deshalb seien die verbündeten Regierungen der Meinung, daß den beobachteten Mißständen nur durch die Aufhebung des Hilfsklassengesetzes und die Unterstellung der Hilfsklassen unter das Privatversicherungsrecht begegnet werden könne. Entwürfe eines Gesetzes über die Hilfsklassen haben dem Reichstage bereits in der zweiten Session 1905/06 und der ersten Session 1907 vorgelegen. Dieselben gelangten jedoch nicht zur Verabschiedung. Der jetzige Entwurf soll sich nun nach Ansicht der Regierung in einem engeren Rahmen als die früheren Entwürfe bewegen, die auch die Beziehungen der eingeschriebenen Hilfsklassen zur reichsgesetzlichen Arbeiterversicherung, namentlich der Krankenversicherung, regeln. Die hierbei nötigen Vorschriften sind nunmehr in die Reichsversicherungsordnung aufgenommen worden. Nicht geregelt in derselben sind die Stellung der Hilfsklassen — demnachst Erlassklassen — zur staatlichen Aufsicht und, soweit nicht die besonderen Beziehungen zur reichsgesetzlichen Krankenversicherung in Betracht kommen, auch nicht ihre innere und äußere Verfassung. Was nicht verhielt in der Reichsversicherungsordnung sind die Verhältnisse der Hilfsklassen insoweit, als sie der Versicherung von Personen dienen, die nicht der reichsgesetzlichen Krankenversicherung unterliegen oder als sie von versicherungspflichtigen Personen nur als Zuschußklassen benutzt werden. In diesen Richtungen trifft der vorliegende Entwurf seine Vorschriften.

Die amtliche Begründung verkennt durchaus nicht, daß viele eingeschriebene Hilfsklassen eine einwandfreie Tätigkeit entfalten und den seinerzeit bei Erlass des Hilfsklassengesetzes gehegten Erwartungen im wesentlichen entsprochen haben. Dies gelte insonderheit meist von denjenigen Klassen, welche nur für einen selbstbegrenzten Kreis von Genossen desselben Berufs oder verwandter Berufe bestimmt sind. Allein auf der andern Seite ist die Zahl derjenigen Hilfsklassen doch eine unübersehbar große, denen diese Anerkennung versagt werden mußte. Hier sind in erster Linie die sogenannten Schwindelklassen gemeint, über deren Geschäftsbetrieb eine übermäßig hohe Verwaltungskosten, ferner über schlanke Ablehnung der Unterstützungsansprüche sowie über das Kellamewesen usw. dem Entwurfe reichhaltiges Material angefügt ist. Auch sollen die Leiter solcher Schwindelklassen vielfach vorbestrafte Personen sein, deren Prinzip bei Gründung solcher Klassen ist, sich zunächst selbst die Taschen zu füllen. Hat doch z. B. eine solcher Klassen in einem Jahr ihres Bestehens gegenüber einem ausgezahlten Krankengeld von 20401 Mk. 126000 Mk. an Verwaltungskosten ausgegeben. Dadurch, daß die Aufnahmebedingungen schätzbare Verwirrungsklauseln, ja förmliche Fallstricke enthalten, ist es den geschäftsgewandten Klassenorganen oder deren Agenten ein Leichtes, die Klassenmitglieder um ihre Ansprüche zu bringen. Will man also den Schwindelklassen zu Leibe gehen, so ist dies nur zu begrüßen. Den reellen, von den Arbeitern geleiteten freien Hilfsklassen jedoch neue Schwierigkeiten zu bereiten, dafür liegt absolut kein Grund vor. Hoffentlich gelingt es dem Reichstag, in dieser Beziehung das Richtige zu treffen.

Halle a. S. M. Gildenberg.

Uns den Jahresberichten 1910.

Gaderleben. Im Berichtsjahre wurden zwölf ordentliche Versammlungen und eine außerordentliche abgehalten, welche durchschnittlich von 16 Mitgliedern besucht waren. Die Zahl der hier konditionierenden Kollegen, welche alle dem Verband angehören, stieg von 23 auf 35. Die tarifliche Lage ist eine gute zu nennen. Unser 13000 Einwohner zählendes Städtchen hat jetzt neun Druckereien aufzuweisen, wovon vier jedoch keine Gehilfen beschäftigen, sondern von Frauen in die Kunst eingeweiht haben, um besser „konturieren“ zu können. Kollege Woser (Reil) hielt einen Vortrag über „Die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ und unser Gauvorsteher erstattete Bericht von der Gauvorsteherkonferenz. — Halle a. S. Der Geschäftsgang im verfloffenen Jahre war im allgemeinen nicht gut zu nennen. Satten wir doch 4/5 Proz. Arbeitslose zu verzeichnen in den drei Vierteljahre bis Oktober. Die Ortsvereinsgeschäfte wurden in elf Versammlungen erledigt. Zur Hebung des Versammlungsbefehs, der im Durchschnitt von 26 auf 30 Proz. stieg, trugen Vorträge auf verschiedenen Gebieten bei. Es referierten: Gauvorsteher König; Tarifverträge und die deutschen Gewerkschaften“. Ingenieur Paul Trenn (Jena); „Ernst Wöbe als industrieller Großunternehmer und sittliches Vorbild“. Arbeitersekretär Gildenberg; „Rechte und Pflichten des Staatsbürgers“.

Kollege Schindelhauer: „Elemente der Gewerkschaftsbewegung“. Gauvorsteher König: „Strömungen im Buchdruckgewerbe“. Redakteur Adolf Thiele: „Ein Gang durch die Brüsseler Weltausstellung“. Kollege Rudolf Engelhardt: „Die moderne Richtung im Buchdruckgewerbe, mit anschließender Johannisfestdrucksachenbesprechung“. Der Mitgliederstand betrug am Anfang des Jahres 504, am Ende desselben 532. Dem stehen gegenüber 91 Nichtmitglieder (zu Anfang des Jahres 116), davon sind 30 Gutenberghilber. Durch freiwillige Ergänzungen und einen Zuschuß der Ortskasse wurden 600 Mk. für die ausgesperrten Bauarbeiter aufgebracht. — Hannau. Das abgelaufene Jahr war für unsern Ort ein äußerst ruhiges. Der Mitgliederstand blieb derselbe, nämlich 72. Zwei Unorganisierte stehen uns noch gegenüber. Die Ortsvereinsgeschäfte fanden ihre Erledigung in acht Versammlungen, deren Besuch allerdings sehr zu wünschen übrig ließ, denn es waren durchschnittlich nur 30 Mitglieder anwesend. Den stärksten Besuch (63) wies die Versammlung auf, in der Kollege Krahl referierte über: „Was die Zeit lehrt“. Weiter sprach in einer andern Versammlung Kollege B. G. Guthardt über: „Die Tätigkeit des Tarifschiedsgerichts Frankfurt a. M.“ An die ausgesperrten Bauhandwerker wurden 50 Mk. abgeliefert, die durch Ertragsbeitrag (10 Pf.) aufgebracht wurden. Unser Verhältnis zu den übrigen Gewerkschaften ist gut. Im Ortskrankenrentenvorstande sind zwei Kollegen tätig. — Heidelberg. Die Vereinsgeschäfte des verfloffenen Jahres fanden in zwei Haupt- und acht Monatsversammlungen ihre Erledigung; höchste Teilnehmerzahl 100, niedrigste 34, im Durchschnitt 53 — 47 Proz. Die Zahl der Mitglieder betrug Ende 1910 169, denen am Vorort: acht, im Bezirke zehn, zusammen also 18 Nichtmitglieder gegenüberstehen; Händler sind keine vorhanden. Der Geschäftsgang in den Buchdruckereien, die sich um eine vermehrt haben, war nur zeitweise ein befriedigender. Zwei Vorträge wurden gehalten: Arbeitersekretär Wöhl sprach über: „Kommunale Arbeitslosenversicherung“, Kollege Krahl (Weipzig) über: „Die Entwicklung und Bedeutung der Gewerkschaften und der Unternehmerorganisationen“; außerdem referierte der Gauvorsteher über die Gauvorsteherkonferenz. Auch war den Mitgliedern Gelegenheit geboten, an den Volkshochschulkursen der Freien Studentenschaft teilzunehmen. Für die ausgesperrten Bauarbeiter wurden 100 Mk. aus der Bezirkskasse abgeliefert. Im Gewerkschaftsaratelle, Gewerbegericht und in der Ortskrankenrente waren wir wie im Vorjahre vertreten. — Heilbronn a. N. Vom Standpunkt unseres Ortsvereins kann das abgelaufene Jahr als ein ziemlich ruhiges bezeichnet werden. Eine unangenehme Abwechslung brachte die Bewegung des Hilfspersonals, durch die unsre Maschinenmeisterkollegen besonders stark in Mitleidenschaft gezogen wurden. Das Vorgehen der Hilfsarbeiter, die überdies die Arbeit ohne Einhalten der gesetzlichen Rühnigungsfrist verließen, wurde vom Tarifamt als unkorrekt bezeichnet. Durch gegenseitige Verhandlungen wurden daraufhin die Differenzen beigelegt. Vorträge hielten Kollege Klein (Stuttgart) über: „Arbeiterorganisationen“ und Kollege Hilbrant (Stuttgart) über: „Gewerkschaftliche Wege und Ziele“, außerdem berichtete Gauvorsteher Knie (Stuttgart) über die Gauvorsteherkonferenz. Der Geschäftsgang war ein zufriedenstellender. Die Mitgliederzahl ist von 217 am Anfang auf 237 am Schluß des Jahres gestiegen; sämtliche organisationsfähigen Gehilfen gehören dem Verband an, auch trat der Nachwuchs ausnahmslos in unsre Reihen ein. Unsre Versammlungen waren durchschnittlich von 55 Proz. der Mitglieder besucht; eine Zahl, die noch einer bedeutenden Steigerung bedarf. Alle hiesigen Druckereien sind der Tarifgemeinschaft angeschlossen und sowohl die tarifären als auch tariflichen Verhältnisse annehmbar. Eine strupelose Litigation entfaltete der Gutenbergbund auch am hiesigen Orte. Die bekannten Sudeleien wurden in recht ausgiebiger Weise an die Druckereien eingeliefert, ganz besonders hatte man es auf unsre Kollegen in der Zentrumsdruckerei in Neckarhulm abgesehen. Ein Brief des Herrn Thraner liegt uns vor, woraus zu ersehen ist, daß die ganze christliche Heerschar als Apostel gegen den verhassten Verband mobil gemacht war. (Eine wirklich nette Illustration der bündlerischen Vertragstreue! Weh.) Und nun der großartige Erfolg: eine wandelbare Seele hat sich gefunden. Es soll uns also nicht verwundern, wenn der „Typograph“ in Heilbronn einen feinen Ortsverein ersehen läßt. Das kollegiale Leben verfloppelt sich in erster Linie in unserm Sängerverein „Gutenberg“, der gegenwärtig 65 Sänger zählt. Er konnte im verfloffenen Jahre auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken, was Veranlassung zu einer harmonisch verlaufenen Feier in Gemeinschaft mit dem Ortsverein gab. Für technische Weiterbildung sorgen in intensiver Weise der Maschinenmeister- und der Maschinenfeinereverein und nicht minder auch die Typographische Vereinigung. Das gegenseitige Verhältnis dieser Spartengruppen zum Ortsverein ist ein vollständig übereinstimmendes, und können wir bei einigermassen gutem Willen der Mitglieder getrost der Zukunft entgegensehen. — Hirschberg i. Schl. Die Geschäfte des Bezirksvereins Hirschberg wurden im Jahre 1910 in sechs Orts- und drei Bezirksversammlungen erledigt. Kollege Böblin sprach in Hirschberg über „Die Lage im Gewerbe“ und in der Bezirksversammlung in Landesbutz i. Schl. Gauvorsteher Fiedler über dasselbe Thema. Der Mitgliederstand stieg am Orte von 56 Mitgliedern am Anfang des Jahres auf 66 am Ende; im Bezirke von 95 auf 129 Mitglieder. Der Versammlungsbefuch betrug am Ort ungefähr 60 Proz. im Durchschnitt, während die Bezirksversammlungen gut besucht waren. Die tarifliche Lage im Bezirke hat sich durch den Beitritt einer Reihe von Firmen zur Tarif-

gemeinschaft ebenfalls gebessert. Für die ausgesperrten Bauarbeiter wurde 62,20 Mk. gesammelt. — Höchst a. M. Das letzte Berichtsjahr bewegte sich in ruhigen Bahnen. Der Versammlungsbefuch war ein sehr schlechter, trotz der gebotenen lehrreichen Vorträge. Mitgliederstand Ende 1910: 28. Die Vereinsgeschäfte wurden in sieben Versammlungen und einer Generalversammlung erledigt.

Jferlohn. Das Berichtsjahr war für den Ortsverein kein besonders glänzendes. Wenn auch der Mitgliederstand mit 65 Kollegen zu Anfang und Ende des Jahres ein konstanter war, so ist doch ein erheblicher Teil der Einnahmen für konditionslose und kranke Mitglieder verwendet worden. Auch war der Wechsel im Mitgliederstand ein außergewöhnlicher, hervorgerufen durch Plänkereien mit einer Firma, die den Gehilfen unbezahlte Feiertage aufzwingen wollte. Zehn Versammlungen haben stattgefunden. In der Herbstbezirksversammlung, die hier abgehalten wurde, referierte unser Gauvorsteher Albrecht über: „Die gegenwärtige Lage im Buchdruckgewerbe“. Der Versammlungsbefuch mit etwa 50 Proz. hat sich gegen die Vorjahre in nichts gebogen, auch war die Benutzung der Ortsvereins- sowohl wie der Kartellbibliothek eine schwache. Sämtliche Druckereien am Orte sind tariffrei. Vorhanden sind sieben Nichtmitglieder, die zum größten Teile wegen festen angeschlossenen werden mußten. Das „Korr.“-Obligatorium ist eingeführt. Für die ausgesperrten Bauarbeiter wurden 40 Mk. abgeliefert, die durch Erhöhung des Ortsbeitrags um 10 Pf. wieder eingebracht wurden. Das Verhältnis zu den andern Gewerkschaften im Kartelle war ein andauernd gutes. — Jena. Ein weiteres Erstarren unseres Ortsvereins kann für 1910 berichtet werden; waren es am Schluß des vorhergehenden Jahres 131 Mitglieder, so zählten wir Ende des Jahres 1910 deren 152, unter denen sich vier übergetretene Gutenberghilber befinden. Die Geschäfte des Ortsvereins wurden in elf Monatsversammlungen erledigt. Alle hiesigen Druckereien sind tariffrei. Der Versammlungsbefuch war im allgemeinen ein zufriedenstellender, doch hätte er immer noch besser sein können. An Vorträgen wurden gehört: Ingenieur Trenn (Jena) über: „Die Ziele der Kulturgesellschaft Ernst Wöbe und die Gewerkschaften“, Arbeitersekretär Gildenberg (Halle) über: „Deutschlands Sozialgeschichte“, Kollege Böblin über: „Die gegenwärtige Situation“ und der frühere Kollege, jetzige Restaurateur Rottsch (Jena), über: „Suffizienten“. Ferner fand bei guter Beteiligung eine Besichtigung der Sternwarte auf dem Forst statt. Für die ausgesperrten Bauarbeiter wurden insgesamt 155 Mk. durch Sammlungen aufgebracht. Nicht vergessen sei die historische Bußtagsumkunft der drei Ortsvereine Apolda, Jena und Weimar, welche sich guten Besuchs erfreute, und die Feier des fünfzigjährigen Berufsjubiläums des Kollegen Woll. Bei allen Festlichkeiten wirkte in anerkannter Weise der Sängerverein „Gutenberg“ mit, um überall die Stimmung zu erhöhen.

Karlruhe. Das zurückliegende Jahr kann im Vergleich zum Vorjahre als ein lebhaftes bezeichnet werden. Zur Erledigung der Vereinsgeschäfte machte sich die Abhaltung einer ordentlichen und einer außerordentlichen Generalversammlung, zwei außerordentliche Mitgliederversammlungen und neun Mitgliederversammlungen nötig. Der Besuch der Versammlungen ist, trotzdem im Verhältnisse zum Vorjahre eine bedeutende Besserung eingetreten ist, als nicht befriedigend zu bezeichnen. In den Mitgliederversammlungen wurden folgende Vorträge gehalten: Gauvorsteher Lindenlaub (Freiburg): „Was not tut“; Dr. Günner: „Strafrecht und Rechtspsychologie“; Kollege Will: „Das neue bawische Steuerrecht“; Gauvorsteher Lindenlaub (Freiburg): „Berichterstattung von der Gauvorsteherkonferenz“; Dr. U. Hausrat: „Die soziale Schichtung von 1848 und der Charakter der 1848er Erhebung“; Kollege Erb: „Eine Wanderung durch den südlichen Schwarzwald, mit Hochbildern“. Der Mitgliederstand ist trotz der Gewinnung der Kollegen in Durlach von 525 im Vorjahre auf 502 am Ende des Berichtsjahrs zurückgegangen. Dieser Rückgang ist nur auf die Verminderung der Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Die Zahl der Nichtmitglieder beträgt 15. Mit dem Gutenberghilber hatte unsre Mitgliedschaft keine Arbeit. Wöhl hat im letzten Monate des Vorjahrs diese „Jugendgewerkschaft“ ihre Visitenkarte auch in Karlsruhe abgegeben, aber — nur bei den Lehrlingen. Mit Hilfe der katholischen Jugendvereine versucht man die Lehrlinge vor dem sozialdemokratischen, von Terrorismus tropfenden Verbanne der Deutschen Buchdrucker grüßlich zu machen. Die 473 Bände umfassende Bibliothek hatte sich einer lebhaften Frequenz zu erfreuen. Die Ausleihungen haben sich um 657 Bände gegenüber dem Vorjahre vermehrt. Für Neuanschaffungen wurden 144,44 Mk. aufgewendet. In der Sängervereinigung ging die Zahl der Sänger von 70 Mitgliedern zu Anfang des Jahres auf 53 Mitglieder am Jahreschlusse zurück. Die Kollegen Jakob Albrecht, Jakob Bött, Alwin Kürschmann und Wilhelm Wölmüller wurden für fünfundsiebenzigjährige Verbandsmitgliedschaft durch Überreichung von Diplomen geehrt. Im Gewerkschaftskartell ist der Ortsverein statutenmäßig durch den Vorherrschen vertreten. Für die ausgesperrten Bauarbeiter wurde von den Mitgliedern durch eine freiwillig sich auferlegte Ertragssteuer von 20 Pf. pro Woche die Summe von 797,90 Mk. aufgebracht. — Krefeld. Das Jahr 1910 war für den hiesigen Ortsverein ein sehr arbeitsreiches. Auch im verfloffenen Jahre wurde an den alten bewährten Grundfragen festgehalten, die Einigkeit in der Kollegenchaft zu fördern, auf daß dadurch um so eher ihre idealen und materiellen Forderungen durchgedrückt werden können. Die geschäftlichen Ange-

Legenheiten wurden in zwölf Monatsversammlungen erledigt. Namentlich sind die Vertrauensmännerversammlungen zu begrüssen und von hiebleidem Werte. Der gesamte gewerbliche Nachdruck hieselfst trat auch im Berichtsjahre wieder in unsern Verband, so daß der Gutenbergbund trotz aller Hoffnungen und Anstrengungen leer ausging. Mit Genugtuung stellen wir fest, daß bisher kein Bündler (Stiefel ist zu 70 Proz. katholisch) am Vororte des Bezirks konditionierte. Die geschäftliche Konjunktur war nicht vom besten, mit Ausnahme der Wintermonate; infolgedessen war die Konditionslosgewisser eine recht hohe, auch sind die Folgen des Eingehens der hiesigen „Bürgerzeitung“ noch nicht ganz beseitigt. Das Vermögen des Ortsvereins beträgt rund 1000 Mk. Dem Gesangsvereine „Pygographia“ ist eine weitere aufsteigende Entwicklung zu wünschen. Das Johannisfest wurde in Verbindung mit dem fünfundzwanzigjährigen Verbandsjubiläum des Kollegen Wilhelm Ostermann, unfres heimischen Dichters, gefeiert. Unsern Spartenvereinen (Maschinenseher, Maschinenmeister) hat sich als neu hinzugesellt die Vereinigung der Stereotypenre. — **Bezirk Konstanz.** Der Geschäftsgang war im verfloffenen Jahre im allgemeinen flau. Der Mitgliederstand erhöhte sich von 135 auf 141 (am Vororte 86); Nichtmitglieder sind etwa 8 vorhanden, darunter ein Gutenbergbündler. Vorträge wurden gehalten von Gauvorsteher R. Lindenlaub (Freiburg) über: „Was not tut“ und über: „Die Gauvorsteherkonferenz“; vom Kollegen Chr. Holz (Konstanz); „Über das Problem der Arbeitslosenversicherung“; und „Wichtiges aus Statut und Tarif“, vom Kollegen Hesse (Freiburg); „Notizen für die Praxis“. In Singen wurde eine dritte Druckeri eingerichtet und in Überlingen ein neuer Ortsverein gegründet. Für Radolfzell brachte das verfloffene Jahr die neunstündige Arbeitszeit. Die tariflichen Verhältnisse im Bezirke sind im großen und ganzen befriedigend, nur die Belegungszeit ist eine überaus hohe. — **Königsbühl (O.S.).** Das abgelaufene Jahr brachte uns zwei Tarifvernehmungen, so daß jetzt nur noch eine Druckeri der Tarifgemeinschaft fernsteht. Eine Generalversammlung und elf Monatsversammlungen wurden abgehalten. Sie waren von sämtlichen Mitgliedern besucht. Der Mitgliederstand beträgt 11. Nichtmitglieder sind 9 und an Gutenbergbündlern 18 vorhanden. Die Bündler stellen meistens in der Zentrumsdruckeri. Verbandsmitglieder werden dort nur im Notfall eingestellt, ebenso bei der Firma R. Giebler. — **Kurhaven.** Im verfloffenen Jahre haben eine Generalversammlung, zehn Monats- und drei außerordentliche Versammlungen stattgefunden. Der Versammlungsbesuch kann im ganzen als befriedigend bezeichnet werden. Durch Aufstellung von zwei Sechsmaschinen verringerte sich der Mitgliederstand um zwei Kollegen, so daß jetzt noch 20 Gehilfen am Orte sind. Nichtmitglieder und Gutenbergbündler sind nicht vorhanden. Am Material für die Tarifrevision zu arbeiten, wurden drei Kollegen mit der Führung von Haushaltbüchern beauftragt. In den einzelnen Versammlungen wurden Vorträge gehalten über: „Die gewerbliche Lage“ (Kollege Diekla Bremen); „Die bevorstehende Tarifrevision“ (Kollege Vandgraf); „Die Gauvorsteherkonferenz“ (Kollege Diekla Bremen); „Die diesjährigen Johannistgedruckten“ (Kollege Bape); „Die gegenwärtige Lage unter Berücksichtigung der kommenden Tarifbewegung“ (Kollege Graßmann Berlin) und „Die Entwicklung der Sechsmaschine“ (Kollege Heißlich). Das Johannistfest wurde in Gemeinschaft mit den Stadern Kollegen veranstaltet. In tariflicher Beziehung sind die Verhältnisse am Ort als geregelt zu bezeichnen. Für die ausgesperrten Bauarbeiter wurden durch einen wöchentlichen Ertragsbeitrag von 25 Pf. insgesamt 40 Mk. ausgebracht. — **Küstrin.** Im verfloffenen Jahre fanden acht Versammlungen statt, welche im Durchschnitt von zwölf Kollegen bei 17 Mitgliedern besucht waren. An den Bezirksversammlungen nahmen fast alle Kollegen teil; auch die Vertrauensmännerversammlungen wurden besucht. Der Versammlungsbesuch gab zu klagen Anlaß. Sammlungen für zwei Kranke, bedürftige Kollegen im Bezirke, beschleunigte für die ausgesperrten Bauarbeiter wurden veranstaltet. Das Johannistfest wurde mit dem Nachbarvereine Neudamm daselbst gefeiert.

Korrespondenzen.

Anklam. In der ersten diesjährigen Versammlung am 28. Januar, welche vollständig besucht war, erstattete der Vertrauensmann den beifällig aufgenommenen Jahres- und Kassenbericht. Außerdem wurde das „Korr.“-Obligatorium beschlossen (bisher für zwei Mitglieder ein Exemplar). Zum Anschluß an das Gewerkschaftskartell wurde eine Kommission von drei Mitgliedern gewählt, welche die notwendigen Schritte unternehmen soll. Die bevorstehende Tarifrevision zeitigte auch diesmal wieder eine längere eingehende Besprechung, an der sich die meisten Mitglieder lebhaft beteiligten und ihr Interesse bekundeten. — **Pr. Beuthen (O.Schl.).** Die am 4. Februar abgehaltene Generalversammlung war von 51 Kollegen (Mitgliederstand 81) besucht. Nach Erledigung der üblichen Tagesordnung erstatteten die einzelnen Vorstandsmitglieder ihren Jahresbericht. Die Vorstandswahl ergab in der Hauptache die Wiederwahl des Vorstehenden, Kassierers und Schriftführers, während die andern Unter eine Neubesetzung erfahren. Einige interne Angelegenheiten fanden noch ihre Erledigung.

Bezirk Bielefeld. Rund 300 Kollegen aus 17 Orten unfres Bezirkes hatten sich zur ersten Bezirksversammlung in Bielefeld am 29. Januar eingefunden. Der „Graphische Gesangsverein“ Bielefeld begrüßte die Ge-

sienerer mit „Wir grüßen euch“ und „Ein Sohn des Volkes“, worauf mit lebhaftem Beifalle quittiert wurde. Der vom Kollegen Benz in Vertretung des erkrankten Bezirksvorstehers erstattete Jahresbericht wies auch der Kassenbericht wurden gutgeheißen. Der Bezirksvorstand wurde wiedergewählt. Der Punkt „Tarifrevision“, zu welchem einleitend Kollege Ernst referierte, legte Zeugnis ab von einer höchst erfreulichen Einmütigkeit im Willen und Denken. Eine Resolution des Kollegen Flatterich fand als Willensausdruck der Versammlung einstimmige Annahme. Die Ortsvereine des Bezirkes haben ihre besonderen Anträge bis 20. Februar dem Bezirksvorstande zu übermitteln. Danach fanden die Punkte Gantag und Generalversammlung ihre Erledigung. Ein Hoch auf den Verband bildete den Abschluß der imposanten Tagung.

Breslau. (Schlesischer Maschinenseherverein.) In der am 29. Januar abgehaltenen Generalversammlung, in der Breslau (vollständig) und die Orte Altwasser, Bunzlau, Glogau, Grünberg, Saynau, Hirschberg, Wagnitz und Neusalz durch Delegierte vertreten waren, gab der Vorstehende Stenzel nach seiner Begrüßungsansprache einen Rückblick über die Ereignisse seit der Gründung des Vereins, der nunmehr auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken kann. Der Jahresbericht lag gedruckt vor. Unserm Kassierer Arzene, der den Kassierereposten nunmehr zehn Jahre bekleidet, wurde besonders Dank ausgesprochen. Nach Erstattung des Kassenberichts hielt Kollege Fiedler einen Vortrag über die Tarifrevision. Die Anträge zur Tarifrevision gaben zu lebhafter Aussprache Anlaß und wurden nach eingehender Beratung zur Überweisung an die Zentralkommission empfohlen. Bei der Vorstandswahl erklärte sich der bisherige Vorstand außer dem zweiten Vorstehenden zur Wiederannahme der Wahl bereit. Als Ort für die diesjährige Wanderversammlung wurde Saynau gewählt. Die übrigen Verhandlungen waren interner Natur. — An die Generalversammlung schloß sich die Feier des zehnjährigen Stiftungsfestes in den „Unionfestalen“. — Am Vormittage hatte eine Besichtigung des Sechsmaschinenbetriebs, Maschinensaals und der Stereotypie des „Breslauer Generalanzeigers“ stattgefunden. Für das Entgegenkommen der Direktion sei an dieser Stelle unser Dank ausgesprochen.

Gelsenkirchen. Am 28. Januar fand unsere Generalversammlung statt, in welcher der Vorstand seinen Jahresbericht gab. Da der bisherige erste Vorstehende schon seit einigen Wochen krank ist, wurde der Kollege W. Knepper als erster Vorstehender gewählt. Kassierer W. Arnes wurde wiedergewählt. Es sei hier noch erwähnt, daß der Ortsverein in diesem Jahr sein 25-jähriges Bestehen feiert, auch soll nochmals der Versuch gemacht werden, den seit anderthalb Jahren schlafenden Gesangsverein wieder ins Leben zu rufen.

Hamburg. (Korrespondenzverein.) Am 26. Januar wurde, wie durch den Bericht des Kassierers, unsere Zentralkommission, Kollegen B. Heilmann, K. Schmidt, E. Schiel einen Vortrag über das Thema: „Korrespondenzbewegung von früher und heute in Verbindung mit gewerkschaftlicher Bewegung“, der uns von den ersten Anfängen bis zu der jetzigen erfreulichen Höhe unserer Sondervereinigung führte und uns besonders einen klaren Einblick in die Berliner Verhältnisse gab. — Am 29. Januar hielten wir dank unsere Generalversammlung ab, die sehr gut, auch von unsern auswärtigen Mitgliedern, besucht war. Nachdem wieder drei Mitglieder in den Verein aufgenommen waren, wurden der Jahresbericht und der Kassenbericht vorgelegt, genehmigt und Entlastung erteilt. In der Besprechung der nichttariflichen Anträge zum Korrespondenz wurde besonders über die Zahl der Delegierten debattiert. Bestimmte Beschlüsse konnten nicht gefaßt werden, da erst die Zentralkommission gehört werden muß. Klage wurde darüber geführt, daß wir so wenig Aussicht haben, für unsere Mitglieder durch den paritätischen Arbeitsnachweis Stellung zu erlangen. Während unsere Mitglieder arbeitslos waren, hätten Bringspale Korrespondenten von auswärtig eingestellt. Vor Schluß der Versammlung wurde noch angeregt, unser diesjähriges Stiftungsfest in Dübseloe zu feiern, der Beschluß aber ausgesetzt. Dann folgte ein gemütliches Beisammensein mit unsern Familienangehörigen.

Harlsruhe (B. Maschinenseher.) Unter Anwesenheit des Ortsvorstehenden B. Schulz fand am 29. Januar die gut besuchte Generalversammlung des Bezirkes statt. Vertreten waren außer dem Vororte: Baden-Baden, Bruchsal und Rastatt. Unter „Vereinsmitteilungen“ kam ein Fall zur Sprache, der allseitig scharfste Beurteilung fand. Ein in fester Stellung sich befindlicher verheirateter Kollege bot sich wieder einmal nach auswärtig mit einer Stundenleistung von 9000 Mark ab, ohne natürlich nach Eintritt der neuen Kondition sein Verprechen halten zu können. Aus dem Jahresberichte des Vorstehenden war u. a. zu ersehen, daß im vergangenen Jahre vier weitere Linotypes Aufstellungen fanden. Zurzeit stehen im Bezirke 29 Linotypes und zwei Monoline, an denen insgesamt 46 Kollegen arbeiten, welche bis zu einem der Spezialorganisation angehörend. Der Kassenbericht des Kollegen Fischer hatte ein günstiges Ergebnis, was insbesondere der Einführung des seit einem Jahre bestehenden 10 Pf.-Wochenbeitrags zuzuschreiben ist. Kollege Bang als Berichterstatter der Technischen Kommission ließ die lehtjährigen Neuerscheinungen auf dem Gebiete des Sechsmaschinenwesens Revue passieren und gab der Versammlung ein anschauliches Bild von der mühevollen, aber für die Fortbildung der Mitglieder unentbehrlichen Arbeit der Technischen Kommission. Die Neuwahlen ergaben nur insofern eine Veränderung, als auf Antrag die zwei Beihilfsposten ge-

strichen wurden. Nach Vornahme einiger Statutenänderungen, die sich durch Einführung des einheitlichen Mitgliedsbuchs als notwendig erwiesen, und nach Aufforderung des Vorstehenden zu festem Zusammenhalte im Hinblick auf die kommende Tarifrevision, wurde die Versammlung geschlossen.

Jahr. Am 21. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Anwesend waren 24 Mitglieder. Das allgemein Interessierende aus dem Jahresberichte bringen wir an anderer Stelle. Für den Posten des Vorstehenden machte sich eine Neuwahl notwendig, da Kollege Christmann das zehnte Jahr zum Wohle des Ortsvereins verwaltete Amt nicht mehr annehmen zu können erklärte. Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden per Akklamation wiedergewählt. Zur Tarifrevision wurde Stellung genommen und diesbezügliche Anträge gestellt. Nach Erledigung einiger interner Punkte, die eine lebhafte Debatte hervorriefen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Laurahütte (O.Schl.). Unsere Generalversammlung fand am 28. Januar statt und war von allen Mitgliedern besucht. Den Jahresbericht erstattete unser langjähriger Vertrauensmann Kollege Gogolla. Bei der Vorstandswahl wurde, da Kollege Gogolla eine Wiederwahl ablehnte, Kollege Wpers als Vertrauensmann gewählt. Einstimmig wurde ein Mitglied zum Ausschluß empfohlen. Nachdem noch einige Interna erledigt waren, wurde die Versammlung mit dem Wunsche, daß die Kollegen sich auch in diesem Jahre rege am Verbandsleben beteiligen möchten, geschlossen.

Leipzig. (Korrespondenzverein.) In der gut besuchten Generalversammlung am 22. Januar berichtete der Vorstehende über das erfolgreiche Vorgehen gegen einige Fälle von untariflicher Heim- und Überarbeit. So wurde auch einem Nichtmitgliede, das zuweilen nicht weniger als 20—30 Überstunden wöchentlich freiwillig gemacht hat, infolge Vortelligwerden der betreffenden Instanz bei der Geschäftsteilung, die davon gar nicht unterrichtet war, das Handwerk gelegt. Von der Proshire „Verfälschte Blaudeinen — Klagebilder eines Korrektors“ sollen 100 Exemplare auf Kosten der Vereinskasse bestellt werden. Nach dem Jahresberichte des Vorstandes und der Ortsgangskommission wurden diese mit Ausnahme des von hier verzogenen ersten Schriftführers wiedergewählt. Die nächste Versammlung findet nicht, wie angegeben, am 26. Februar, sondern am 5. März statt.

Lehrach. Am 20. Januar tagte hier unsere Bezirksversammlung, die von 51 Mitgliedern aus zehn Druckereien besucht war. Von Freiburg waren erschienen Gauvorsteher Lindenlaub und Gaukassierer Friedrich. Nach Erstattung des Geschäfts- und Kassenberichts nahm ersterer das Wort zu seinem Vortrage: „Rückblick und Ausblick, mit besonderer Berücksichtigung der Tarifrevision“, welchen mit großem Interesse gefolgt wurde. Nach eingehender Diskussion gab der Bezirksvorstehende Vorschläge, die von der Beihilfschaft aufgestellten Forderungen bekannt, welche einstimmig angenommen wurden. In der darauffolgenden Wahl der Delegierten zum Gantage wurden folgende Kollegen gewählt: Bräuer und Hämker (Lehrach), Wenk (Waldshut), Holzwarth (Schoffheim), Herrmann (Mühlheim); als Stellvertreter Zeitler, Gampe und D. Kallenbach. Zu Punkt 5 der Tagesordnung: „Aussprache über die Gauzuschriftenentlastung“, gab Kollege Friedrich (Freiburg) einige Erklärungen und Aufstellungen. Im Anschluß an die müßig verlaufene Bezirksversammlung wurde ein feierlicher Akt vollzogen. Aus Anlaß seines 25-jährigen Verbandsjubiläums wurde dem Kollegen William Bornmann aus Rüst ein vom Ortsvereine Lehrach gefittetes Diplom überreicht.

Mannheim-Ludwigshafen. (Maschinenseherklub.) Die am 29. Januar abgehaltene Generalversammlung war leider schwach besucht. Überhaupt ließ der Besuch der Versammlungen das ganze Jahr hindurch sehr zu wünschen übrig. Nach Erledigung der Vereinsmitteilungen erstattete der zweite Vorstehende einen ausführlichen Jahresbericht; aus demselben ist zu entnehmen, daß die Situation auch im verfloffenen Jahre eine große war. Die Zahl der Mitglieder stieg von 69 auf 64. Hieran schloß sich der Bericht des Kassierers. Die Kassenverhältnisse sind als gute zu bezeichnen. Zu einer ausgedehnten Aussprache führte der Punkt „Anträge zur Generalversammlung der Mittelrheinischen Maschinensehervereinigung“, welche am 19. Februar in Mainz stattfindet. Bei der hierauf vorgenommenen Vorstandswahl wurde Kollege C. Goldmann zum ersten Vorstehenden gewählt. Als Kassierer fungierte Kollege Jakob Ludwig. Wegen der vorgerückten Zeit mußten verschiedene Punkte von der Tagesordnung abgesetzt werden. Die Versammlung wurde mit einem Appell zu regerer Betätigung geschlossen.

Hn. Marburg. Am 29. Januar fand im Restaurant „Zum deutschen Schloß“ die erste diesjährige Bezirksversammlung statt. Sie war, besonders von den auswärtigen Kollegen, gut besucht. Nach Verlesung des Kassenberichts erstattete Kollege Weber den Jahresbericht des Bezirkes und des Ortsvereins Marburg. Kollege Kiesling gab den Bericht für den Ortsverein Selbgen Dillenburg. Die bevorstehende Tarifrevision zeitigte eine rege Diskussion. Anträge zu dem im März in Frankfurt stattfindenden Gantage wurden nicht gestellt. Als Kandidaten für den Gantag wurden die Kollegen Weber, Hofmann, Kiesling, Rofy und Hertling aufgestellt. Der Vorstand wurde fast einstimmig wiedergewählt. Kollege Weber ist nunmehr 15 Jahre Vorstehender und Kollege Knopf 20 Jahre Kassierer; aus diesem Anlasse wurde jedem von ihnen ein Photographiealbum vom Bezirks-

verein überreicht. Außerdem war ein Gratulations schreiben vom Gauvorstand und ein solches vom Kollegen Dudlar (Büch) eingetroffen. Die Jubilare waren überrascht und dankten herzlich für die Aufmerksamkeit. Dem Ortsvereine Dillenburg-Horborn wurden 30 M. für sein Stiftungsfest bewilligt. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Wiebentopf bestimmt.

Winden i. Westf. Mit dem Wunsche, daß die durch den Abgang des Tarifs in diesem Jahr aufzustellenden Forderungen auf friedlichem Wege geregelt werden mögen, eröffnete der Vorsitzende Dyd die am 28. Januar im „Grünen Wenzel“ tagende, ziemlich gut besuchte Generalversammlung. Nach Bekanntgabe einiger Eingänge erstattete er den Jahresbericht. Nach Entgegennahme des Kassensberichts wurde zur „Stellungnahme zur Tarifrevision“ übergegangen. Ferner wurde, hervorgerufen durch einen Fall, daß eine hiesige kleinere Druckerei, welche keine Gehilfen beschäftigt und deren Besitzer gelernter Lithograph ist, einen Schriftsetzerlehrling eingestellt hatte, der Vorschlag angenommen, in entsprechender Form darauf hinzuwirken, daß Eltern ihre Söhne als Lehrlinge nur in Druckereien geben, die den Tarif anerkannt haben. Bei der anschließenden vorgenommenen Wahl der Ortsverwaltung wurden sämtliche bisherigen Mitglieder wiedergewählt. Nach Erledigung des Kartellberichts machte der Vorsitzende die Kollegen darauf aufmerksam, daß bei Annahme einer Konstitution die Anmeldung außer beim Vertrauensmann auch beim Ortskassierer zu erfolgen habe. Ferner wurde einstimmig beschlossen, in Anbetracht der Wichtigkeit der Bezirksversammlung zu der aus der Zeitungsliste bestrittenen Fahrtenstrafung noch einen Fufschuß aus der Ortskasse zu bewilligen. Darauf wurden noch einige örtliche Angelegenheiten erledigt.

Reihe. Die Ortsvereinsversammlung vom 28. Januar beschäftigte sich in der Hauptsache mit den Anträgen, die unsererseits zur Generalversammlung des Verbandes gestellt werden sollen. Ferner wurde beschlossen, als Kandidaten für die Generalversammlung in Hannover den Bezirksvorsitzenden Adolf Müller als Vertreter unseres Bezirks in Voranschlag zu bringen. Den Schluß der Versammlung bildete eine Aussprache über interne Angelegenheiten.

Offenburg. Die Generalversammlung am 28. Januar war von nahezu sämtlichen Kollegen besucht. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen durch den Vorsitzenden und Bekanntgabe der Abrechnung für das IV. Vierteljahr 1910 wurden die Vorstandswahlen vorgenommen. Diese ergaben die Wiederwahl sämtlicher bisherigen Vorstandsmitglieder bis auf den Vorsitzenden, der wegen Zeitmangels das Amt ablehnte. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Besetzung dieses Amtes wurde die Wahl auf die nächste Versammlung vertagt, damit die Kollegenschaft sich in der Zwischenzeit auf eine geeignete Persönlichkeit einigen kann.

Saarbrücken. Am 29. Januar fand im Gewerkschaftshaus „Eißbühl“ in Saarbrücken die diesjährige Frühjahrskongressversammlung statt. Vor Eintritt in die Beratungen trug der Gesangsverein „Gutenberg“ einen Gutenbergschor vor. Hierauf widmete der Vorsitzende dem nach 28jähriger Mitgliedschaft leider zu früh verstorbenen Kollegen Bruno Wehrent (Saarbrücken) einen Nachruf. Danach wurde zur Erledigung der umfangreichen Tagesordnung geschritten. Die Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 183 Kollegen, die sich auf die einzelnen Ortsvereine wie folgt verteilen: Saarbrücken 112, Neunkirchen 17, Wölklingen 17, Oberstein-Bezirk 9, Saarlouis 9, St. Jungert 8, Sulzbach 8, Merzig 3. Den Jahresbericht erstattete der Vorsitzende Gutendorf, dabei bemerkend, daß der Mitgliederstand von 237 auf 270 gestiegen sei. Der Arbeitsnachweis hat eine größere Inanspruchnahme gegen das Vorjahr zu verzeichnen. Die Wahl des geschäftsführenden Vorstandes erfolgte per Akklamation. Es wurden die Kollegen A. Gutendorf, (Vorsitzender), H. Heintzel (Kassierer) wiedergewählt. Der Punkt „Stellungnahme zur diesjährigen Tarifrevision“ rief eine längere Debatte hervor. Eine Resolution fand einstimmige Annahme. Die Anträge zum Goutag und der Generalversammlung zeitigten ebenfalls eine ausgiebige Diskussion. Hierauf wurden die Delegierten zum bevorstehenden Goutage nominiert. Nachdem fanden noch einige für die Allgemeinheit weniger wichtige Angelegenheiten ihre Erledigung.

Stendal. Die am 29. Januar abgehaltene Bezirksversammlung war gut besucht, von 72 Mitgliedern des Bezirks waren 62 anwesend. An erster Stelle referierte Kollege König (Halle) über: „Die Tarifrevision“. In eindrucksvoller Weise entlegte der Vortragende sich seiner Aufgabe, wofür ihm der ungeteilte Beifall der Anwesenden zuteil wurde. Alsdann nahm die Versammlung einstimmig eine vom Vorstande vorgeschlagene Resolution an. Aus dem Jahresberichte des Kollegen Froboese war zu ersehen, daß die tariflichen Verhältnisse im Bezirke gute sind, außer in Salzweide, wo alle Bemühungen des Bezirksleiters und Hauptvorstandes bei den Gehilfen wie Prinzipalen vergeblich waren. Nach Aufstellung der Goutage-Delegierten wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf den Verband geschlossen.

R. Stettin. Am 29. Januar tagte unsere diesjährige Generalversammlung, die gut besucht war. Sie beschäftigte sich, wie nicht anders möglich, mit einer ganzen Reihe von Berichten und Verwaltungsangelegenheiten. Der alte Vorstand wurde, da er es für seine Pflicht hielt, gerade für das kommende Jahr auf dem Posten zu bleiben, wiedergewählt. Der Kartellbericht wurde mit Interesse angehört und erfolgte einstimmig die Wiederwahl der Delegierten. Das Johannisfest soll, um Geld

zu sparen, am Orte gefeiert werden; es findet am 24. Juni im „Bellevue-Tablissements“ statt. Der Ortsbeitrag wurde vorläufig in alter Höhe belassen. Eine interessante Mitteilung, die gewiß auch viele Kollegen außerhals Stettins interessieren wird, machte sodann Kollege Kirchner. Die Firma „Pommerische Reichspost“ (Znh.: Reichstagsabgeordneter Mallewiz, Blankenhagen und Erdmann), mit der die Stettiner Mitgliedschaft seit ein paar Jahrzehnten wegen Nichtanerkennung des Tarifs in stetem Kampfe gelegen hat und in der im November vorigen Jahres der anständige Teil des Personals aus demselben Anlasse seine Plätze verließ, hat aufgehört zu bestehen! Es hat sich ein Kuratorium gebildet, von dem die Druckerei und die „Pommerische Reichspost“ angekauft worden ist. Die bisherigen Inhaber sind, wie verlautet, mit einer anständigen Summe abgesunden worden. Die Zeitung soll, wie man hört, in vergrößertem Umfange herausgegeben werden. Die neue Firma, welche sich „Pommerische Reichspost“ G. m. b. H. nennt, hat dem Besitzer der H. Hefenlanger Druckerei, Herrn Meyer, welcher letzterer als einziger Fachmann zum Kuratorium gehört, die Leitung der Geschäfte übertragen. Von diesem ist sofort der deutsche Buchdrucker tarif in allen seinen Teilen als für die Gesellschaft bindend anerkannt worden, und damit ist auch dieser „bunte Punkt“, der uns bei der alten Firma so viel Unruhe und Arbeit bereitet hat, aus dem Stettiner Buchdruckerleben verschunden (†††). Wenn auch keiner von uns diesen Ausgang erwartet hat: freuen wir uns, daß die Tarifgemeinschaft hier wieder ein neues Feld gewonnen hat! Auch ist damit der scharfmacherische Arbeiterbund, dessen eifrige Mitglieder die bisherigen Inhaber waren, eine treue Stütze los. Bei dieser Tarifanerkennung gibt es aber noch eine interessante Frage. Wie schon gesagt, legte Ende November vorigen Jahres ein Teil des Personals, weil die Tarifanerkennung von der alten Firma durchaus nicht zu erreichen war, die Arbeit nieder. Der andre Teil (etwa acht bis neun Mann) begleitete die ihre Stellung verlassenden Kollegen nicht nur mit Hof und Spottreden, sondern war auch auf das eifrigste bemüht, das Vorgehen mit allen Mitteln zu verhindern zu machen. Nun soll angeblich das Personal der alten Firma vertraglich mit übernommen werden, und schon jetzt wird die neue Firma von den Klausuristen mündlich und schriftlich angewinkt, sie doch noch nicht fallen zu lassen. Da aber zum alten Personale doch ohne Zweifel auch die ausständigen Gehilfen gehören, die für Anerkennung des Tarifs eingetreten sind, so muß in erster Linie wohl erwartet werden, daß diese Gehilfen wieder an ihre Plätze zurückkehren und die in deren Stellen eingespargenen Streikbrecher wieder ihrer Kunst sich zu gefallen, also entlassen werden müssen. Das Kartell wird sich mit der Angelegenheit zu befassen haben. Eine „seiner Sache, oder wie man es sonst nennen mag, hat sich bei dieser Gelegenheit die hiesige Zeitung des Gutenbergsbundes geleistet. Sie hat die bereits des Hieren recht anschaulich geschilderten „Streikbrecher aus Prinzip“ in der „Pommerischen Reichspost“ noch während des Streiks, als also an eine Anerkennung des Tarifs noch gar nicht zu denken war, in den heiligen Bund aufgenommen oder, wie man stolz sagt: für den Bund organisiert. Man hat sogar einen Bündler als Streikbrecher dahin geschickt, um sich diese Vögel ja nicht entgehen zu lassen. Wenn man die Aufnahmen bisher nicht veröffentlicht hat, so liegt dies wohl daran, daß man sich dieser „Seldentat“ noch etwas schämt oder die Folgen der Veröffentlichung scheut. Feststellen wollen wir aber, daß die auf solche Art für den Bund neu „Gewonnenen“ bis dato bereits vier Wochenbeiträge geleistet haben. Wir gönnen dem Bunde selbstverständlich diesen Zuwachs, der so recht in seinen Rahmen paßt; er trägt vielleucht dazu bei, daß der anständige Teil der Bündler, angeleitet durch solch Treiben, um so eher den Weg zum Verbanne findet.

E. K. Straßburg i. E. Eine Versammlung, wie unser Bezirk seit Jahren keine mehr erlebt hat, war die am 29. Januar im „Möhren“ abgehaltene erste ordentliche Bezirksversammlung. In sage und schreibe 35 Minuten wurde eine Tagesordnung von sechs nicht unwesentlichen Punkten erledigt. Sei es der Gedanke an die bevorstehende Tarifrevision oder irgendein andres noch nicht ergründetes Moment, es herrschte eine seltene, erfreuliche Einmütigkeit, die auch nicht den leisesten Gedanken an Opposition aufkommen ließ. Nachdem der Vorsitzende der im Laufe des letzten Halbjahrs verstorbenen Kollegen gedenkend gedacht, machte er einige interessante Mitteilungen, unter anderem, daß beabsichtigt sei, das Johannisfest dieses Jahr bei Gelegenheit des in Straßburg zu Pfingsten stattfindenden Goutags zu feiern und in Verbindung damit auch des vierzigjährigen Bestehens unseres Bezirksvereins zu gedenken. Der Geschäfts- und Kassensbericht, über den an anderer Stelle noch berichtet wird, lag gedruckt vor und wurde dem Kassierer für seine maßergütliche Buch- und Kassensführung Entlastung erteilt. Die Erklärung des Vorsitzenden Kuntler, der Vorstand sei bereit, im Hinblick auf die diesjährige Tarifbewegung eine eventuelle Wiederwahl anzunehmen, wurde mit Beifall aufgenommen und der Gesamtvorstand per Akklamation einstimmig wiedergewählt. Die Wahl der Kassensrevisoren, des Reichstagsabgeordneten, der Bibliothekskommission, der Krankheitskontrollen sowie der Delegierten zum Gewerkschaftskartell, wo fast überall die bisherigen Funktionäre wiedergewählt wurden, ging rasch vonstatten, so daß die Versammlung, nachdem noch für die Bibliothek und Veranlagungssache je 100 M. bewilligt wurden, unter großem Beifalle der etwa 200 Anwesenden schnell ihr Ende fand.

Erklärung.

Zuschriften aus den Kreisen der Frakturanhänger veranlassen mich, öffentlich zu erklären, daß ich nicht der Verfasser der Broschüre „Die deutsche Buchstabenchrift“ bin. Der Verfasser dieser viele Umdeutungen von der amtlichen Rechtschreibung aufweisenden Broschüre heißt Adolf Reinecke, ist Herausgeber des „Reimball“ (der Zeitschrift der Antiquaregenossen) und wohnt in Berlin-Neukölln, Landhaus Eichenhof; er ist mir weder bekannt noch mit mir verbandt. Ich bin seit langem und bedingter Anhänger der jeweiligen amtlichen Rechtschreibung und seit 16 Jahren auch der Antiqua und hoffe auf diesem fortschrittlichen und für jeden Buchdrucker nutzbringenden Standpunkte Zeit meines Lebens zu verharren zu können.

Oberkorrektor Otto Reinecke,
Mitarbeiter an den Dubenschen Wörterbüchern,
Mitglied des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins
und des Vereins für Altchrift.
Berlin SO 26, Elisabethufer 57.

Rundschau.

Die Veruntreuungen Vertinas, des früheren Kassierers unseres Bezirksvereins Wiesbaden, umfassen nach näheren Mitteilungen 12—15000 M., wovon die Hälfte durch die Familie des ungetreuen Menschen gebett wurde. Durch äußerst raffinierte Fälschungen von Quittungen, die bis zum Jahre 1902 zurückgehen, ist es dem B. möglich gewesen, seine Verbrechen zu verdecken. Im November vorigen Jahres wurde er nach § 5c des Verbandsstatuts aus unserer Organisation ausgeschlossen, weil damals die ersten Feststellungen seiner Vergehen schon sehr belastend waren. Eine inzwischen vorgenommene Nachprüfung aller Bücher, Quittungen usw. hat die Gewissenlosigkeit Vertinas immer verwerflicher erwiesen, so daß der Antrag auf strafrechtliche Verfolgung gestellt werden mußte, infolge dessen B. am 5. Februar verhaftet wurde und nun seiner gerichtlichen Verurteilung entgegen sieht. Das ist der wahre Sachverhalt, demgegenüber die Meldung des Wolffsche Telegraphenbureaus von 120000 M. als unverantwortliche Tatarenmacht bezeichnet werden muß, deren Nachdruck in vielen großen und kleinen Tagesblättern um so bedenklicher erscheint, als es doch jeder Redaktion bei nur einigermaßen gutem Willen möglich gewesen wäre, durch einfache Nachfrage bei einem beliebigen örtlichen Funktionär unseres Verbandes oder dem eignen Buchdruckerpersonal die Auskunft zu erhalten, daß die Unterschlagung einer so hohen Summe in einer Mitgliedschaft wie Wiesbaden ein Ding der Unmöglichkeit ist. Da wir annehmen, daß bei der großen Mehrzahl jener Blätter, die die Wolffsche Meldung gebracht haben, keine tendenziöse Absicht die Hand im Spiele hatte, so glauben wir darauf rechnen zu können, daß allenthalben eine loyale Richtigstellung in dieser Sache erfolgt.

Die Buchdruckerkunst zum akademischen Gegenstand erhoben hat die Harvarduniversität in Cambridge (Vereinigte Staaten). Ein zweijähriger Kursus für das Studium und die Ausübung der Buchdruckerkunst ist dafür als ständige Einrichtung an dieser Universität vorgesehen.

Ein Briefkopfschwindler, der, trotzdem er schon den Offenbarungseid geleistet hatte, sich großartige Geschäftsdrukachen herstellen ließ und dadurch auswärtige Geschäftsleute zu weitgehenden Kreditbewilligungen verleitete, wurde vom Bielefelder Landgerichte wegen Betrugs zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Auch das Reichsgericht verwarf seine Revision.

In Konkurs geraten ist der Buchdruckerbesitzer Oskar Kersten in Berlin, Chausseestraße 42.

Ein betrügerischer Zeitungswerkzeug, der als Inhaber einer kleinen Inseratenzeitung bezahlte Inseratengelder unterschlug, wurde in der Person des Jean Maltonnes in Frankfurt a. M. vom dortigen Schöffengerichte zu 50 M. Geldstrafe verurteilt.

Ein Rheinisch-westfälischer Arbeiterverein wurde letzter Tage in Köln als Unterverband des deutschen Zeitungswerkzeugvereins gegründet.

Die Verteilung von Reklamezetteln auf der Straße wurde in Zürich für die Zukunft verboten.

Wegen Verweigerung des Koalitionsrechts sind etwa 600 Arbeiter der Papierfabrik Rosenhagen-Blankenberg in den Zustand getreten. Der Fabrikbesitzer, Kommerzienrat Wiebe, forderte direkt den Austritt aus der Organisation und entließ jeden, der sich dazu nicht entschließen konnte.

Ein Deutscher Chefverband, dessen Hauptzweck es sein soll, die gesamte deutsche Prinzipalität, ganz gleich ob Fabrikant, Großist oder Detailist, gegen die „Überschwenglichkeiten in sozialpolitischer Hinsicht“ mobil zu machen, wird als neueste Gründung auf dem Gebiete der Scharfmacherorganisationen in Aussicht gestellt. Magdeburg als klassische Hochburg arbeitervindlicher Tendenzen ist zum Sitz des neuen Verbandes auserkoren.

Bei den Wahlen zur Ortskrankenkasse in Leipzig holten sich die „Nationalen“ eine schwere Schlappe. Während nämlich die Liste des Gewerkschaftskartells mit 36520 Stimmen 5506 Stimmen mehr auf sich vereinte als bei der Wahl vor drei Jahren, hatten die Nationalen bei nur 1500 Stimmen einen Verlust von 1829 Wählern gegenüber dem Stande von 1908, wo sie noch 3389 Stimmen erhielten. Ihr „Blühen und Gedeihen“ hat sich also zum ehrenden Zeugnis für die

Arbeiterfortschritt! 117 Pros. verschlechtert. Ein großartiger Fortschritt!

Verbesserte Tarifverträge. Die Gehilfenorganisation der Chemigraphen in Wien hat mit den Besitzern der chemigraphischen Anstalten einen neuen Tarif mit Gültigkeit bis Februar 1916 abgeschlossen, der gegenüber dem früheren Tarife wesentliche Verbesserungen enthält. Neben der achtstündigen Arbeitszeit wurden annehmbare Lohnerhöhungen, 16 Freitage, halbe freie Tage am 1. Mai, am Heiligen Abend und Pfingstsonntag bei voller Bezahlung bewilligt, ferner ein bedeutender Zuschlag für überstunden anerkannt, eine für die Gehilfenchaft ziemlich günstige Beurlaubungskala festgelegt, außerdem Garantien geboten für beste Ausbildung der Lehrlinge, den Gehilfen die Ausübung von Musterarbeiten selbstgefertigte Arbeiten zugestanden und schließlich auch Ferien bewilligt, und zwar nach dreijähriger Beschäftigung drei Tage und nach fünf Jahren sechs Tage bei voller Bezahlung. Eine weitere Lohnerhöhung um zwei Kronen und eine Erhöhung des Überstundenzuschlags soll ab 1. Januar 1914 eintreten. Die Arbeitsvermittlung wurde der Gehilfenorganisation überlassen. In Hamburg kam für das Brauergewerbe ebenfalls ein günstiger Tarifvertrag zustande. Die Arbeitszeit wird darin auf neun Stunden festgesetzt und ab 1. Januar 1914 auf 8 1/2 Stunden. Der Minimallohn für Böttcher beträgt 35 Mk., nach zwei Jahren 36 Mk. Die Statisten erhalten einen Minimallohn von 30 Mk., Hilfsarbeiter 28—29 Mk., Flaschenkellerarbeiter 12—28 Mk., Maschinen- und Feiler im Minimum 33 Mk. Bei Löhnen bis zu 36 Mk. erfolgt eine Zulage von 2 Mk. und bei solchen von 37 Mk. und darüber von 1 Mk. Für Handwerker beträgt der Minimallohn 32 Mk. nebst einem Zuschlag auf die bestehenden Abhne von 2 Mk. usw. Auch Ferien wurden tariflich festgelegt, und zwar für alle Arbeiter, die am 1. April in einer Brauerei mindestens sechs Monate hintereinander beschäftigt sind, je nach der Dauer der Beschäftigung einen Tag bis eine Woche. Der Tarifvertrag gilt bis Ende 1915 für etwa 2000 Brauereiarbeiter.

Koalitionsrechtbeschränkungen sucht die Versicherungsgesellschaft „Victoria“ gegenüber ihren Angestellten zur Anwendung zu bringen. Während die Hauptverwaltung dieser Gesellschaft früher, nicht ohne besonderes Geschäftsinteresse dabei im Auge zu haben, es gerne sah, daß Inspekte ihre Außenbeamten sich gewerkschaftlich organisierten, änderte sich dieses lokale Verhalten aber jetzt, wo diese Angestellten ihre gewerkschaftliche Organisation dazu benutzen wollen, um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. So wurden kürzlich alle organisierten Arbeitnehmer in Dortmund und einige in Berlin und Oberhausen entlassen, weil sie im Kreis ihrer Kollegen für die gewerkschaftliche Organisation zu wirken suchten. Die Gewerkschaften werden zwar vom Verbands- der Bureauangehörigen, selbstverständlich nicht, im Stiche gelassen werden, aber für die übrige Arbeiterschaft dürften diese Vorgänge bezüglich der Beurteilung solcher arbeitersindlichen Tendenzen nicht ohne besondere Wirkung sein.

Eine vernünftige Auslegung des Reichsvereinsegesetzes befandete das Schöffengericht in Lutter a. V., indem es den Einberufer einer gewerkschaftlichen Versammlung von einer ihm zugesprochenen und unter Strafe gestellten Übertretung des Reichsvereinsegesetzes freisprach. Das Vergehen wurde von der Ortsbehörde darin gefunden, daß in der fraglichen Versammlung der Referent die großen wirtschaftlichen Ereignisse des Jahres 1910 besprach und die einseitige Stellungnahme der Polizei bei Lohntämpfen kritisierte. Das Gericht kam aber trotzdem zu der Auffassung, daß die Versammlung keine öffentliche politische gewesen war. Die kurze Besprechung einer politischen Angelegenheit in einer gewerkschaftlichen Versammlung ändere deren Charakter nicht. Es komme nicht darauf an, was in der Versammlung tatsächlich erörtert werde, sondern ob der Veranstalter eine öffentliche Versammlung zur Erörterung politischer Angelegenheiten abhalten wollte. Auch ein in der fraglichen Versammlung verbreitetes politisches Flugblatt, das ohne Wissen und Willen des Leiters an die Versammlungsbesucher verteilt wurde, könne den Charakter der Versammlung nicht ändern.

Unzulässige Lohnzahlung an den Vater eines minderjährigen Arbeiters. Das Gewerbegericht in Wiesfeld hatte darüber zu entscheiden, ob die Lohnzahlung an den Vater eines minderjährigen Sohnes, welcher letzterer einen leidenschaftlichen Lebenswandel führte, unter Berufung auf § 113 des Bürgerlichen Gesetzbuchs rechtmäßig sei. Das Gericht verneinte diese Frage. Es stellte sich im Gegenlage zu der Auffassung des Vaters auf den Standpunkt, der in § 1651 des Bürgerlichen Gesetzbuchs niedergelegt ist, und stellte fest, daß dem Vater nicht das Recht zustehe, sich den bereits verdienten Lohn des Sohnes verabsolgen zu lassen, wenn dieser nicht damit einverstanden sei. Die Praxis erkenne den Grundfah an: „dem Arbeiter den Lohn“. Dies entspreche auch den heutigen Verkehrsverhältnissen.

Zweifelhaftige Wohlfahrtsverrichtungen. Wie trüg es ist, wenn Arbeiter sich durch sogenannte Wohlfahrtsverrichtungen in einzelnen Betrieben bestimmen lassen, ihr Koalitionsrecht preiszugeben und vertrauensselig sich auf das Wohlwollen der Arbeitgeber zu verlassen, das mußten vor kurzer Zeit auch viele Fabrikarbeiter in Seiffenhennersdorf erfahren. Dort bestand in der Fabrik von F. R. Marx eine der bekanntesten Arbeitervereinigungen, nach deren Satzungen alle Arbeiter eine kleine Rente oder Kapitalabfindung erhalten sollten. Nun geriet aber die Fabrik in Konkurs und die „Prüfndner“ der Arbeiter-

stiftung erhielten vom Konkursverwalter die Mitteilung, daß ihre Renten und Ansprüche nicht als bevorrechtigte Forderungen anzusehen seien und er außerdem von dem ihm durch das Statut zustehenden Rechte Gebrauch mache und die Rente aufhebe. So wurde eine ganze Anzahl alter Arbeiter, die für ihre alten Tage einigermaßen versorgt zu sein glaubten, um ihre Hoffnungen betrogen. Viele Jahre haben sie ihre beste Kraft für geringen Lohn dem Unternehmer zur Verfügung gestellt, und jetzt, nachdem sie alt und siech sind, wird ihnen auch der letzte Notpfennig entzogen, der sie früher bestimmte, in ihrer Bedrückung auszuhalten und bessere Verdienstgelegenheiten auszusuchen. Das ist nur ein einziger von den vielen Fällen, die die meisten „Wohlfahrtsverrichtungen“, die von Unternehmern auf dem Arbeitsverhältnis ohne genügendes Mitsbestimmungsrecht der Arbeiter aufgebaut sind, für die Arbeiterchaft so unsympathisch machten und nur die eigne Organisation als Schutz und Hort in allen Lebenslagen schäzen lehren.

„Christlich-nationalen“. Bekanntlich lieben es die Drahtzieher des Gutenbergsbundes, in jenen Gegenden, wo die evangelische Arbeiterchaft dominiert und für „christliche“ Gewerkschaften M. Gladbacher Richtung wenig zu holen ist, sich ein „christlich-nationales“ Mantelchen umzubüßeln und sich im Dienste dieser Richtung hervorzutun oder sich von ihr „fördern“ zu lassen. Wir haben diese Spielart modernster Arbeitergeripplitterung von allem Anfang an als raffinierte gelbe Masterade eingesehät. Sie ist jedoch bei Lichte gesehen noch viel verwerflicher. Denn die offenen gelben Arbeitervereine mißbrauchen weder den Begriff „christlich“ noch ziehen sie das Nationalgefühl in den Tot. Sie bekennen sich offen als rüchgratlose Sklaven der Unternehmern und treiben auch in dieser Hinsicht wenigstens keinen Schwindel. Anders liegt aber die Sache bei den sogenannten „Christlich-Nationalen“. Diese sind nicht nur so unchristlich, daß sie jeden, der ihnen und andern nicht stündlich und täglich von seinem Glaubensbekenntnis etwas erzählt, als gottlosen und moralisch verkommenen Menschen einschäzen und nichts unversucht lassen, ihn auch von andern dementsprechend behandelt zu sehen, sondern sie verkuppeln mit dieser Heuchelei und Unzulässigkeit noch den Begriff einer „nationalen“ Gesinnung, deren Wasserigkeit viel größer ist als der Abfluß von einem traufelosen Dachrande bei einem Platzregen. Des deutschen Arbeiters einzige und höchste Lebensaufgabe verßert sie für sie nur in widerlicher Unterwürfigkeit unter die Launen und den Willen aller Vorgesetzten, angefangen vom Nachtmäcker aufwärts. Männerstolz und Menschenwürde im Sinne freigewerkschaftlicher Anschauungen ist ihnen ein fürchterlicher Gwuel, den sie durch den Horn des Himmels und aller Mächtigen der Erde mit Stumpf und Stiel ausgerottet sehen möchten. Welt dies aber so lange auf sich warten läßt und das Christentum dieser „christlichen“ Gelben so wenig wachsend und widerstandsfähig ist wie ihre Nationalgefühle, haben sich ältere Tugend dieser Bedauernswürdigen unter dem Schutze hoher Herren in sogenannten „Christlich-nationalen“ Vereinen zusammengekauert. Von hier aus veruchen sie nun, zur Schande der Arbeiterschaft von hinten herum den freigewerkschaftlichen Arbeitern Schwierigkeiten zu bereiten und sich selbst in ihrer ganzen Größe einem herrschsüchtigen und rüchgratlosen Unternehmertum als gesinnungs- und willenlose Marionetten zur Verfügung zu stellen. Ein solches Trauerspiel erleben wir zurzeit in Eilenburg. Dort hat das Scharfmähdertum den Kampf wider das Koalitionsrecht der Arbeiter in der Weise aufgenommen, daß es die Arbeiterschaft in den vom Reichsverbande gegründeten „Nationalen Unterstüßungsverein“ pressen will. Entweder die Arbeiter treten aus den Gewerkschaften aus und in den gelben Verein ein, oder sie erhalten ihre Rüchgrat. Diese Erpressermäßigkeit haben nun die Arbeiter der Deutschen Zelluloidfabrik in Eilenburg zum größten Teile mit der Niederlegung der Arbeit beantwortet; 318 Arbeiter und Arbeiterinnen sind ausständig, und es ist nicht ausgeschlossen, daß noch Arbeiter anderer Betriebe gezwungen sein werden, in dieser Weise ihr Koalitionsrecht zu verteidigen. Inzwischen sind so die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Eilenburgs in hartem Kampfe um ihr höchstes Recht, das freie Koalitionsrecht, befinden, erleidet den dortigen Scharfmähdern ein williger Helfer in dem christlichen Gewerkschaftsführer Jakob Winter aus Berlin. Dieser ehrenwerte Herr trat mit der Direktion der Zelluloidfabrik in Verbindung, nachdem in einer Versammlung der christlichen Gewerkschaften Eilenburgs eine Resolution gefaßt worden war, die folgenden charakteristischen Passus enthält: „Die in der christlich-nationalen Gewerkschaft organisierte Arbeiterschaft Eilenburgs beauftragt den Gewerkschaftssekretär Winter mit den hiesigen Fabrikanten in Verbindung zu treten zwecks Entgegennahme einer bündigen Erklärung, ob auch sie, die längst vor der Gründung des Nationalen Unterstüßungsvereins im Gegenfage zur Sozialdemokratie die christlich-nationalen Grundfage energisch vertreten hat, in den Nationalen Unterstüßungsverein übertreten müssen. Je nachdem die Antwort ausfalle, müsse sie in dem jetzigen Kampfe Stellung nehmen.“ Der Erfolg dieser christlichen Aktion war folgende schriftliche Erklärung der Direktion der Zelluloidfabrik: „Die Direktion der Deutschen Zelluloidfabrik erklärt dem in Sachen der ausgedehnten Bewegung erschienenen Vertreter der christlichen Gewerkschaften Deutschlands: 1. Von den in unserer Fabrik beschäftigten Arbeitern, die Mitglied einer christlichen Gewerkschaft sind, wird Austritt aus derselben oder Eintritt in den Nationalen Unterstüßungsverein nicht verlangt. 2. Arbeiter, die sich als Mitglied einer christlichen Gewerkschaft ausweisen, brauchen bei Nachfragen nach Arbeit mit dem Ar-

beitsnachweise des Nationalen Arbeiterunterstüßungsvereins nicht in Berührung zu treten, die Annahme erfolgt hier nur direkt durch das Wert selbst. Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, die voreilig bereits die Arbeit niedergelegt haben, nehmen dieselbe wieder auf. Eine Zurückstellung irgendwelcher Art durch die Betriebsleitung erfolgt für diese nicht.“ Mit dieser Versicherung in der Tasche ging dann Winter in die Versammlung seiner Getreuen und erklärte dort: „Für die christlichen Gewerkschaften fällt damit jeder Grund zum Streite fort!“ Zum offenen Streikbruch und zur Unterbrechung des Koalitionsrechts reichen sich also hier „Christliche“ und „Nationale“ die Hand zum Verrat an ihren Arbeitsbrüdern. Und da gibt es noch Leute, die sich wundern, daß die Massen, die von „christlich“ und „national“ nichts mehr wissen wollen, immer größer werden!

Die Parlamentarier bezahlt werden. Das Osborneurteil in England, durch welches bekanntlich den Gewerkschaften unterfagt wurde, parlamentarische Vertreter aus Gewerkschaftsmitteln zu unterstüßen, hat die Frage der Diäteneführung auch für die englischen Unterhausvertreter aktuell gemacht. Aus diesem Anlasse brachte eine englische Wochenfchrift eine Übersicht über die Höhe der Summen, die die verschiedenen Nationen ihren Abgeordneten als Entschädigung für ihre Arbeit oder entgangenen Arbeitsverdienst und zur Deckung ihrer sachlichen Ausgaben als Parlamentarier zufließen lassen. Danach sind die amerikanischen Senatoren die bestbezahlten Parlamentarier der Welt. Ihre Einkünfte aus der Staatskassa belaufen sich auf jährlich 30000 Mk. Ein französischer Deputierter bezieht ein Jahresgehalt von 15000 Fr. und ist nach vierjähriger Ausübung seines Mandats pensionsberechtigt. Eine bestehende materielle Entschädigung erhalten die Abgeordneten verschiedener deutscher Landtage, z. B. jene von Preußen, Sachsen, Waben, Bayern usw., deren tägliche Diäten von 15 Mk. abwärts bis zu 5 Mk. gehen, bei freier Benutzung der Staatsbahn. In Italien und Spanien erhalten die Abgeordneten weder Gehalt noch Pfenniggeber. Österreich bewilligt Unversenheitsgelber von 17 Mk. pro Tag, Ungarn eine Jahresentschädigung von 4000 Mk., Belgien eine solche von 3200, Schweden 1320 Mk. und Griechenland 1440 Mk. Tagelager gewähren ferner Dänemark 11 Mk., Norwegen 13 Mk., Rumänien 20 Mk., Rußland 21 Mk., Serbien 12 Mk. und die Schweiz 16 Mk. Die deutschen Reichstagsabgeordneten erhalten jährlich 3000 Mk., müssen sich jedoch für jede verßäumte Sitzung einen Abzug von 10 Mk. gefallen lassen. Für die Mitglieder des englischen Unterhauses wird ein Jahresgehalt von 6000 bis 8000 Mk. vorgeschlagen.

Verschiedene Eingänge.

„Die Neue Zeit“, Wochenfchrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag von Paul Singer in Stuttgart. Heft 16 des 29. Jahrgangs. Band I. Preis 25 Pf. pro Heft, vierteljährlich 3,25 Mk.

Gestorben.

- In Berlin am 25. Januar der Seher Oskar Werra von dort, 49 Jahre alt — Lungenlähmung; an demselben Tage der Seher Ernst Wyder aus Bern, 47 Jahre alt — Nierenentzündung; am 26. Januar der Seher Karl Matthä von dort, 48 Jahre alt — Herzlähmung; am 28. Januar der Seher Paul Lorenz von dort, 42 Jahre alt — Lungenfchlag; am 3. Februar der Seher invalide Robert Rischner aus Spremberg, 49 Jahre alt — Halschwindfucht.
- In Frankfurt a. M. am 3. Februar der Seher Leonhard Nägler von dort, 34 Jahre alt — Lungenleiden.
- In Hamburg am 7. Februar der Seher Robert Hammer von dort, 50 Jahre alt — Schlagfluß.
- In Kaiserslautern am 2. Februar der Maschinen-seher Max Bayer aus Frankfurt a. D., 32 Jahre alt — Lungenfchwindfucht.
- In Königsberg (Ostpr.) am 31. Januar der Drucker-invalide Ernst Appel, 70 Jahre alt.
- In Krefeld am 27. Januar der Seherinvalide Heinrich Schulte von dort, 26 Jahre alt.
- In Leipzig am 30. Januar der Korrektorinvalide Ernst Roland aus Kötha, 40 Jahre alt — Lungenüber-tulose; am 9. Februar der Seher Wilhelm Filfinger, 62 Jahre alt.
- In Magdeburg am 5. Februar der Seher Otto Richardt von dort, 52 Jahre alt.
- In Stuttgart am 25. Januar der Seher Heinrich Enklin, 46 Jahre alt — Herzerweiterung.

Briefkasten.

A. in B.-G.: Ein solches Blatt existiert in diesem Lande nicht. — F. R. in Geisingen: Gebuld ist aller Schmerzgen Arguel. Siehe Jahresberichte in vor. Nr. — J. M. in München: Da müssen Sie schon selbst beim französischen Verbandsvorstand anfragen. — F. R. in Erfurt: 2,30 Mk. — J. S. in Traben-Trarbach: 13,55 Mk. — D. W. in Chemnitz: 2,45 Mk. — R. S. in Erfurt: In Nr. 29 haben wir schon gesagt, daß Angebote aus England jetzt überhaupt nicht zu beachten sind. Ob diese oder jene Firma in London bewilligt hat, das können wir wirklich nicht wissen. Wenn die Bewegung beendet ist, können Sie in einem solchen Falle bei dem Vorstehenden der Londoner Internationalen Typographie, dem Kollegen Ghas, Dpiz, London, 226 Blackrose Lane, Balthamstow, Erkundigungen einziehen. — U. S. in Frankfurt a. M.: Sie müssen, was doch nun tatsächlich jeder Kollege im Verbands wissen sollte, erst einen Aus-

weis Ihres Vorstandes über Ihre Verbandsmitgliedschaft zur Stelle schaffen. — R. E. in München: War ein Separatabdruck aus dem „Rorr.“ und ist längst vergriffen. — O. G. in Brandenburg: Auch wir halten Abdruck jetzt für überflüssig. — Nach Essen: In nächster Nummer. Sehr interessant! — Verschiedenen Einsendern von Zeitungen: Wir werden in dem uns am geeigneten blühen Augenblicke darauf zu sprechen kommen.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13 I. Fernsprechtamt VI. 11191.

Bekanntmachung.

Im Hinblick auf das frühe Stattfinden der diesmaligen Generalversammlung des Verbandes ersuchen wir die verehrlichen Gaukassierer die Fertigstellung der Abrechnung für das IV. Quartal 1910 beschleunigen zu wollen. Berlin. Der Verbandsvorstand.

Gau Ostpreußen. Der diesjährige Gautag findet am Sonntag, den 18. Juni, im „Alten Schützenhaus“ in Königsberg statt.

Gau Schlesien. Die 22. ordentliche Hauptversammlung findet am 16. und 17. April (1. und 2. Osterfeiertag) in Breslau statt. — Anträge sind bis zum 14. März an den Gauvorsitzer G. Fiedler, Breslau II, Lohsestraße 7, GSt. III, einzureichen.

Wendrad. Der Seher Hermann Hunger möge seine Adresse der Firma Fejndal hier selbst behufs wichtiger Mitteilungen angeben.

Barmen. Der Drucker Hans Schreyer aus Nürnberg wird um Angabe seiner Adresse an Rudolf Kunz, Parabeckstraße 39 II, gebeten. Die Herren Funktionäre werden gebeten, sich hierauf aufmerksam zu machen.

Adressenveränderungen.

Dresden. (Maschinenfegervereinigung.) Kassierer: Wilhelm Köbiger, Dresden-Blasewitz, Berggartenstr. 17 I. **Gelsenkirchen.** Vorsitzender: W. Freyppel, Klingstr. 117. **Koburg.** Kassierer: Ernst Florjusch, Kanonenweg 10.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Friedland (Bez. Breslau) der Drucker Paul Nachtigal, geb. in Breslau 1886, ausgl. das. 1905; war schon Mitglied. — In Schweidnitz der Seher Gustav Meyer, geb. in Bruchsal (Großherzogt. Baden) 1881, ausgl. in Lüben (Schl.) 1900; war schon Mitglied. — Fritz Köchel in Waldenburg i. Schl.

In Königsberg (Neum.) die 1. Seher Joh. Brandenburg, geb. in Alt-Hühleritz 1889, ausgl. in Wrieggen 1908; Reich. Jakubek, geb. in Königsberg (Neum.) 1890, ausgl. das. 1909; waren noch nicht Mitglieder. — Otto Müller in Frankfurt a. O., Oberstraße 5 II.

In Landau (Walg) der Drucker Karl Bang, geb. in Frankfurt a. M. 1881, ausgl. das. 1899; war schon Mitglied. — Heinrich Schödlbauer, Westbahnstraße 9.

In Rypniz der Seher Paul Hertner, geb. in Warmbrunn 1892, ausgl. das. 1910; war noch nicht Mitglied. — A. Bialas in Beuthen (O.-Schl.), Parallelstraße 12 I.

Arbeitslosenunterstützung.

Beuthen (O.-Schl.) Als Reisefahnenverwalter fungiert vom 7. Februar ab Kollege Alois Wiczorek. Unterstützungszahlzeit von 7 1/2—8 Uhr abends im Fremdenverkehr.

Versammlungskalender.

Breslau. Maschinenmeisterversammlung Dienstag, den 14. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den „Industriestädten“, Beuthstraße 20. — Korrekturenversammlung Sonntag, den 12. Februar, abends 7 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus“, Alexanderbrunnstraße 44.

Bernburg. Versammlung heute Sonntagabend, den 11. Februar, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“. **Sonn.** Maschinenmeisterversammlung Dienstag, den 14. Februar, abends 9 Uhr, im „Volkshaus“. **Chemnitz.** Stereotypen- und Galvanoplastikerhalbjahresversammlung (Gau Erzgebirge-Weißf. Land) Sonntag, den 12. Februar, vormittags 11 Uhr, in Arnolds Restaurant Theaterstraße.

Darmstadt. Bezirksversammlung Sonntag, den 12. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“. **Dortmund.** Stereotypen- und Galvanoplastikerjahresversammlung Sonntag, den 11. Februar, mittags 12 Uhr, im Vereinslokal „Zum weißen Schwan“.

Dresden. Versammlung Dienstag, den 14. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“, Ribbenbergstraße 2. **Halle/Saale.** Vertrauensmännerversammlung Montag, den 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal.

Halle/Saale. Maschinenmeisterversammlung heute Samstag, den 11. Februar, abends 9 Uhr, im Vereinslokal („Bier-Saaleisen“).

Elberfeld. Bezirksversammlung Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, im „Volkshaus“ in Elberfeld, Sombüchel 6.

Elberfeld-Garmen. Maschinenmeisterversammlung am Sonntag, den 12. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, im Vereinslokal Dittmar, H.-Garmen.

Esslingen. Versammlung Dienstag, den 21. Februar, bei Saalege (zur neuen Zeit). **Dalle a. S.** Maschinenfegergeneralversammlung (Gau in der Saale) Sonntag, den 12. Februar, vormittags 11 Uhr, im Restaurant „Engländer Hof“.

Essen. Versammlung heute Samstag, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“. **Halle.** Vertrauensmännerversammlung heute Sonntag, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.

Koburg. Bezirksversammlung Sonntag, den 12. März, vormittags 10 Uhr, im „Schwarzen Bären“. Anträge bis 1. März an den Vorsitzenden.

Mainz. Bezirksgeneralversammlung Sonntag, den 12. Februar, nachmittags 1 1/2 Uhr, im „Gutenberg“. **Planen i. B.** Bezirksversammlung Sonntag, den 28. Februar, nachmittags 2 Uhr, im „Schützenhaus“ in Osnitz. — Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 28. Februar, im „Schützenhaus“ in Osnitz. Nach der Bezirks-

Stuttgart. Versammlung Montag, den 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Beskale des „Gewerkschaftshaus“, Ehlinger Straße 17/19.

Wismar. Versammlung heute Sonntagabend, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in der „Waldfalle“.

Kleine Buchdruckereieinrichtungen

(schmählich sortiert). Alexander Grube, Leipzig, Talstr. 4.

Kaufe

gebr. Maschinen, ganze Buchdruckereieinrichtung, p. Kasse. Paul Schneider, Leipzig-Gautzsch.

Der Berliner Vertreter eines der größten Druckhäuser, das speziell Kataloge und Melamedruckerei anfertigt, sucht zu seiner Unterstützung einen jüngeren, intelligenten Fachmann mit guten Umgangsformen, der in der Lage ist, Anfragen selbstständig zu bearbeiten und event. Vorkalkulationen auszuführen. Herren, die bereits die Kundenschaft besucht haben und entsprechende Verbindungen besitzen, erhalten den Vorzug. Angebote mit allen näheren Angaben erbeten unter Nr. 426 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Blattendrucker.

Suche per sofort einen tüchtigen. Es wollen sich nur solche Drucker melden; welche Besse Erfahrung in Blattendruck haben. [432] A. Hiffarth, Verlagsanstalt, M. G. T. D. B. A. C.

Tüchtiger Fertigmacher

Der auch Höhe prägen kann, in dauernde Stellung sofort gesucht. [424] Schriftgießerei Hirsch, Frankfurt a. M.

Tüchtige Komplettmaschinengebauer

an Type I und II (Fischer) in dauernde Stellung sofort gesucht. [405] Schriftgießerei Hirsch, Frankfurt a. M.

Fertigmacher

Sucht für sofort die Schriftgießerei J. G. Scheller & Siebold, Leipzig, Brüderstraße 20/23. [425]

Tüchtigen Stempelseker

Sucht für sofort dauernde Kondition (Süd-Deutschland bevorzugt). Werte Angebote erb. an R. Dietrich, Alzey (Rheinl.), Reichstr. 24. [427]

Schriftgießereifaktor

mittleren Alters, vorherverehelicht, militärfrei, Leiter einer größeren Gießerei, vorzüglicher Maschinenkennner, mit allen Zweigen der Branche vertraut, wünscht sich zum 1. April zu verändern. Werte Offerten erbeten unter M. 9482 an Daube & Co., Berlin SW 10. [420]

Allgemeine Unterstützungs-Zuschußkasse für Buchdrucker in Chemnitz.

Sonntag, den 10. Februar, vormittags pünktlich 10 1/2 Uhr, im „Challahaus“, Sonnenstraße; 9. ordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Jahresbericht des Vorstehers; 2. Rechnungsablage des Kassierers; 3. Wahl des Vorstandes; 4. Allgemeine Kassengeschäftsangelegenheiten. Recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen wünschenswert. Der Vorstand. NB. Für unberechtigtes Fernbleiben sind 25 Pf. Strafe zu zahlen. (Stabs § 17 letzter Absatz der Satzung.) [423]



Wenn wir Sie sprechen könnten
wären wir Sie sicher davon überzeugen, dass Sie durch direkten Bezug aus unserer Fabrik in **Anzugstoffen, Paletotstoffen, Hosentstoffen, Westentstoffen, Damentuchen etc.** unbedingt Vorteile haben. Spezialität: Erstklassige Nonchelten in besserer Qualität zu allerbilligsten Preisen. Verlang Sie durch Postkarte Muster, wir senden dieselbe sofort franco ohne Kaufzwang. **Lehmann & Assmy, Spremberg L. 12** Größte u. älteste Tuchfabrik Deutschlands dies. Art. [278]

Anhang zum Tarife von Konrad Richter.

Preis des Exemplars 10 Pf. (3 W. Porto). Bestellungen nehmen die Herren Verbandsfunktionäre sowie Georg Böllrich, Leipzig, Salonstraße 8, entgegen.

Junger, tüchtiger Maschinenmeister

militärfrei, im Wert, Akzidenz-, Autotyp- und Reproduktionsdruck tüchtig, sucht zum 20. Februar dauernde Stellung. Werte Off. an Ludwig Weiland, Remscheid, Wiedenholstraße 2 II, erbeten. [430]

Gitar-Fischer „Columbia“
von Jedermann sofort zu spielen, mit 25 unterlegbaren Noten, 40 cm groß, 5 Hft., 41 Sait., samt Schale u. all. Zubehör nur M. 7.—; 6 Hft., 40 Sait., M. 9.—, lief. per Nachn. **Meinel & Herold** Altingstraße (Sa.) Nr. 449 Anders Musikwaren billigst. Haupt-Katalog an Ferdmann frei.

Feuerzeug „Imperator“ mit Buchdruckerwappen

hochfein vernickelt, Preis 1,98 Mk. Porto bis drei Stück 40 Pf. gegen Vorauszahlung. Stets zu beziehen durch Kollegen M. Hubel, Wien IX, Seegasse 18. [488]

Sering in Gelee

etwa 1/2 Bld., Dose 16 Pf., 1 Bld., Dose 25, 2 Bld., Dose 42 und 44, 4 Bld., Dose 40, 8 Bld., Dose 156 Pf. **Hollmops** 1 Bld., Dose 35, 4 Bld., Dose 95, 8 Bld., Dose 155. **Bratheringe**, ganz besonders zu empfehlen: 4 Bld., Dose 75, 8 Bld., Dose 130, (Kubreda) 16 Bld., Dose 235 Pf. **Glaserinnen**, 1/2 Dose, 40—45 große Nische, 2 M. (Vochlein), 1/2 Dose 28 Pf., 1/2 Dose 40 Pf. usw. **Hüttings**, Riste 80 Pf. [434]

Bernh. Große, Leipzig, Buchdrucker-Str. 6.

Deutsche Buchdrucker-Stenographenvereinigung

Stolze-Schrey. Systemkundige Kollegen werden um Beitritt gebeten. Auskunft erteilt bereitwillig. [422] **Der Vorstand.** I. A.: Joh. Helten, Trabren-Trarbach (Möhl).

Gau Osterland-Thüringen. Erfurt.

Zu der am 19. Februar, vormittags 10 Uhr, im „Kunstl.“ stattfindenden Maschinenmeisterversammlung, in welcher Kollege Görner (Berlin) über das Thema: „Die kommende Zeit und die Maschinenmeister“ spricht, werden alle **Druckerkollegen** freundlich eingeladen. [419] **Der Maschinenmeisterverein Erfurt.**

Was wollen Sie wissen? Sie finden es alles!!! im

Nl. Brodhaus!

Ausgabe 1910, 2 Bände, 24 Mt. Gebd., zu Land nach Indien, Transhimalaya, je 2 Bde., 20 Mt. **Sander**, Handwörterbuch d. deutsch. Spr., 10 Mt. **Rühmiger** Sechszwanzigstexten, 6 Mt. sowie alle andern Werke gegen monatliche Teilzahlung zu beziehen durch N. Brodhaus, Dresden-N., Rühmigerstraße 6 I. Bestelle sofort! Kollegen als Vertreter gesucht! [371]

Zum Kyffhäuser

Dortmund, 1. Kampstraße 73. Den zur Bezirksversammlung hier weilenden Kollegen empfehle meine schönen Postkarten, ff. Souven. und Getränke. Mitteltisch, von 70 Pf. an. Nach der Bezirksversammlung: **Großer Ball.** Mit kollegialem Gruß **Otto Hennig.** [431]

Am 7. Februar verstarb unser wertvolles Mitglied, der Setzer

Robert Hammer

im 50. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Die Liedertafel Gutenberg von 1877, Hamburg-Altona. [429]

Am 9. Februar verstarb plötzlich und unerwartet unser lieber Kollege, der Setzer

Wilhelm Filsinger

im 63. Lebensjahre. Es werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren Die Kollegen der Firma Hess & Becker, Leipzig. [435]

Hunderttausende Kunden. Vieltausend Anerkennungen.
Jonass & Co. Berlin SW. 247. **Salle-Alliance-Strasse 3** Verlagsleistungen vieler Beamtenvereine, Lehrern usw. **bequeme Teilzahlung.** Hochinteressante Kataloge mit über 4000 Abbildungen umsonst und portofrei.

Am 7. Februar verstarb unser wertvolles Mitglied, der Setzer

Robert Hammer

im 50. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Die Liedertafel Gutenberg von 1877, Hamburg-Altona. [429]

Am 9. Februar verstarb plötzlich und unerwartet unser lieber Kollege, der Setzer

Wilhelm Filsinger

im 63. Lebensjahre. Es werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren Die Kollegen der Firma Hess & Becker, Leipzig. [435]

Fahrgelächter K. Siegl, Mündern 9

(Richard Hütches Buchverlag) Müllstraße 3. Illustrierter Katalog unberechnet und frei.